

Demografischer Wandel  
Region schafft Zukunft



Bundesministerium  
für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung

# „Usedom als deutsch-polnische Insel“

## Bürgergutachten älterer Menschen der Gemeinde Heringsdorf



Zusammengefasst durch das

**nexus**

nexus Institut für Kooperationsmanagement  
und interdisziplinäre Forschung GmbH

Dr. Christine von Blanckenburg

Im Auftrag des  
Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	2
1 Allgemeines zum Verfahren .....	3
1.1 Besonderheiten der Kurzplanungszelle .....	9
2 Ausgangssituation und Auftrag .....	11
2.1 Ausgangssituation: Aktivierung, Engagement und Partizipation älterer Menschen.....	11
2.2 Auftrag: Partizipation konkret.....	14
3 Ablauf der Kurzplanungszelle mit älteren Menschen „Usedom als deutsch- polnische Insel“ in Heringsdorf .....	15
3.1 Gemeinde Ostseebad Heringsdorf.....	15
3.1.1 Bevölkerungsdaten.....	16
3.2 Zufallsauswahl .....	17
3.2.1 Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter.....	17
3.3 Arbeitsprogramm.....	20
4 Ergebnisse der Kurzplanungszelle in der Gemeinde Seebad Heringsdorf.....	39
4.1 Arbeitseinheit 2 – Vergangenheit und Zukunft.....	40
4.1.1 Kurze Darstellung der Ergebnisse der Arbeitseinheit 2: ...	42
4.2 Arbeitseinheit 3 – Die Verkehrsanbindung der Insel Usedom .....	42
4.2.1 Empfehlungen der Arbeitseinheit 3: .....	45
4.3 Arbeitseinheit 4 – Die Verkehrsbelastung in den Kaiserbädern.....	45
4.3.1 Empfehlungen der Arbeitseinheit 4: .....	48
4.4 Arbeitseinheit 5 – Deutsch-Polnischer Bildungsweg.....	49
4.4.1 Empfehlungen der Arbeitseinheit 5: .....	52
4.5 Arbeitseinheit 6 – Alt und Jung .....	52
4.5.1 Empfehlungen der Arbeitseinheit 6 .....	55
5 Impressum .....	56

# **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

## **Vorwort**

Dieses Bürgergutachten dokumentiert die Ergebnisse einer Kurzplanungszelle zum Thema „Usedom als deutsch-polnische Insel“, die am 28. und 29. Juli 2009 in Bansin durchgeführt worden ist. Teilnehmer waren Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Seebad Heringsdorf, die 60 Jahre oder älter waren.

Dem Thema wäre es angemessen gewesen, Bürgerinnen und Bürger der polnischen Seite der Insel gleichberechtigt zu dem Bürgerbeteiligungsverfahren einzuladen. Dieses Vorgehen war aus organisatorischen Gründen nicht möglich. Die Arbeitseinheiten haben dadurch einen sehr deutschen Zuschnitt gewonnen. Insbesondere bei der Arbeitseinheit „Vergangenheit und Zukunft“ könnte dies zu Irritationen auf der polnischen Seite führen. Es ist uns daher ein wichtiges Anliegen, zu betonen, dass die Geschichte nicht umgeschrieben werden soll: Polen war das erste Opfer der Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Sechs Millionen polnische Staatsbürger überlebten die deutsche Besatzung nicht. Unendliches Leid – Tod, Vertreibung und Verklavung – hat der Krieg über Polen gebracht. Demütigungen polnischer Menschen, die von den Nazis zu „Untermenschen“ erklärt wurden, waren an der Tagesordnung. Die Verfolgung richtete sich insbesondere gegen die Intelligenz des Landes. Das alles soll nicht vergessen werden.

Die Behandlung der folgenden Arbeitseinheiten stellt die Probleme der deutschen Seite Usedom mit dem Verkehrsaufkommen und das Interesse der Heringsdorfer am deutsch-polnischen Bildungsweg und am grenzüberschreitenden Austausch in den Mittelpunkt. Auch das ist kein Ausdruck vermeintlicher deutscher Egozentrik oder Dunkelhaftigkeit, die den europäischen Nachbarn keine gleichberechtigte Rolle zuerkennen will, sondern liegt in der Logik des Bürgerbeteiligungsverfahrens Planungszelle: Die Bürger und Bürgerinnen können nur für ihr eigenes Gemeinwesen Lösungsvorschläge erarbeiten und an ihre Kommune zur Umsetzung abgeben. Einem wünschenswerten deutsch-polnischen Austausch zu „Usedom als deutsch-polnische Insel“ soll mit diesem Bürgergutachten in keiner Weise vorgegriffen werden.

## 1 Allgemeines zum Verfahren

Das Verfahren Planungszelle/Bürgergutachten ist ein Beteiligungsverfahren, dem die Idee zugrunde liegt, dass die Bürgerinnen und Bürger bei Sachentscheidungen politisch stärker mit einbezogen werden sollten. Das Verfahren ermöglicht es ihnen, Verantwortung zu übernehmen und ihrer Rolle als Souverän innerhalb der Demokratie gerecht zu werden. Das Verfahren wurde in den 1970er Jahren von Prof. Peter C. Dienel an der Universität Wuppertal entwickelt und seither zu verschiedenen Themen im In- und Ausland eingesetzt.

Eine Planungszelle ist eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die Lösungen für eine vorgegebene Aufgabenstellung erarbeitet. Die Gruppe wird dabei durch eine Moderation begleitet. Die Empfehlungen der Gruppe werden anschließend in einem Bürgergutachten zusammengefasst.

Folgende Merkmale charakterisieren das Verfahren Planungszelle/Bürgergutachten:

1. Neutrale Organisation: Das Verfahren wird durch einen neutralen Durchführungsträger vorbereitet und durchgeführt. Der Prozess wird in der Regel durch einen Moderator und eine Moderatorin begleitet.
2. Festgelegtes Arbeitsprogramm: Der Auftraggeber gibt das Thema oder die Fragestellung vor, aus der mit dem neutralen Durchführungsträger ein Arbeitsprogramm entwickelt wird.
3. Zufallsauswahl: Die Auswahl der rund 25 Bürgerinnen und Bürger erfolgt per Zufall durch eine Stichprobenziehung aus dem Einwohnermeldeamt. Sie werden im Rahmen der Planungszelle Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter genannt.
4. Mehrtätige Dauer: Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter arbeiten in der Regel vier Tage an einer konkreten Problemstellung. Im Kompaktmodell kann eine Planungszelle auch innerhalb von zwei Tagen durchgeführt werden.
5. Freistellung und Aufwandsentschädigung: Während des Ablaufs der Planungszelle werden die Bürgergutachterinnen und Bürger-

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

gutachter von ihren alltäglichen Verpflichtungen freigestellt und erhalten eine Aufwandsentschädigung.

6. Experteninformation: Expertinnen und Experten oder Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen vermitteln den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern Informationen zum jeweiligen Themenbereich.
7. Beratung in Kleingruppen mit wechselnder Zusammensetzung: Die Diskussionen und Beratungen finden in Kleingruppen zu je fünf Personen statt, deren Zusammensetzung ständig wechselt.
8. Dokumentation der Ergebnisse in einem Bürgergutachten: Die Empfehlungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden in einem Bürgergutachten zusammengefasst. Vor der Übergabe an den Auftraggeber, wird das Bürgergutachten von Teilnehmern und Teilnehmerinnen, die sich für diese Aufgabe freiwillig gemeldet haben, auf die sachliche Richtigkeit kontrolliert und gegebenenfalls korrigiert.

Die Organisation der Planungszellen, die Programmerstellung, die Auswahl der Referenten und Referentinnen und die Zusammenstellung der Ergebnisse liegen in der Hand eines neutralen und unabhängigen Durchführungsträgers. Der gesamte Prozess muss in Vorbereitungstreffen zwischen dem Auftraggeber und dem Durchführungsträger vorstrukturiert und vorbereitet werden, um den reibungslosen, erfolgreichen Ablauf zu gewährleisten. Das vom Auftraggeber vorgelegte und zu bearbeitende Thema wird in einzelne Arbeitseinheiten gegliedert.

Die Auswahl der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erfolgt durch eine Zufallsstichprobe, aus dem Einwohnermelderegister. Dadurch ist eine heterogene Zusammensetzung, die Menschen verschiedenen Alters, sozialer Stellung und Bildungsniveaus berücksichtigt, gewährleistet. Männer und Frauen sind in der Stichprobe zu gleichen Teilen vertreten. An einer Planungszelle können im Regelfall alle gemeldeten Bürgerinnen und Bürger zwischen 16 und 80 Jahren teilnehmen.

Bei der Planungszelle in Heringsdorf wurde ein Mindestalter von 60 Jahren zur Voraussetzung gemacht, weil der Auftraggeber ein Betei-

ligungsverfahren zur Aktivierung und stärkeren Integration älterer Menschen wünschte.

Eine Planungszelle umfasst rund 25 Personen, so dass immer fünf Kleingruppen parallel arbeiten. Die Kleingruppen werden mit Hilfe eines Zahlenschemas von Arbeitseinheit zu Arbeitseinheit neu zusammengesetzt. Dieses Vorgehen hat folgende Vorteile: Es garantiert eine möglichst faire Gesprächssituation, indem es die Auswirkungen der Gruppendynamik, z.B. die Meinungsführerschaft einzelner Personen, minimiert. Und es stellt sicher, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter sukzessive die Ansichten der anderen Personen in der Planungszelle kennen lernen.



Damit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme an einer Planungszelle ermöglicht wird, können Angestellte in der Regel für den Zeitraum der Planungszelle Bildungsurlaub beantragen. Für Selbständige kann eine Verdienstauffällzahlung vereinbart werden. Die Aufwandsentschädigung, die jede Bürgergutachterin und jeder Bürgergutachter erhält, soll für die Kosten aufkommen, die durch die Teilnahme an der Planungszelle entstehen. Eine Kinderbetreuung oder eine Übernahme der dafür entstehenden Kosten, die üblicher-

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

weise bei Planungszellen angeboten wird, war in Heringsdorf aufgrund der Alterszusammensetzung nicht nötig.

Die Sicherung einer hinreichenden Informiertheit ist eine Grundvoraussetzung jeder Beteiligung an einem Beratungs- und Bewertungsprozess. Zu Beginn jeder einzelnen Arbeitseinheit erhalten die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter deshalb von Expertinnen und Experten oder Interessenvertreterinnen und Interessenvertretern in Kurzreferaten eine Einführung in das vorliegende Thema. Diese Informationen bilden die Diskussionsgrundlage für die Arbeit in den Kleingruppen. Eine Politikeranhörung, die in der Regel am dritten Tag stattfindet, bietet die Möglichkeit, auch die Positionen von Mitgliedern unterschiedlicher politischer Parteien zur Thematik der Planungszelle zu erfahren und Fragen zu stellen. In der Form der Kurzplanungszelle ist das Politikerhearing nicht vorgesehen. Zum einen aus Zeitgründen, zum anderen weil in dieser kompakten Form die Konzentration auf den inhaltlichen Statements der Bürgergutachter und Bürgergutachterinnen liegt.

Die Beratung und Diskussion und damit die Erarbeitung der Empfehlungen und Vorschläge findet ausschließlich in den Kleingruppen statt. Dort diskutieren die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter Detailprobleme, bilden sich ihre Meinung und verabschieden gemeinsam Empfehlungen. Der Meinungsbildungsprozess findet also vorrangig in den Kleingruppen, und nicht im Plenum statt. Die Kleingruppendiskussionen werden auch nicht durch Moderatoren begleitet, da dies die Beratungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beeinflussen könnte. Die Arbeitssituation in den Kleingruppen räumt den einzelnen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern viele Ausdrucks-, Identifikations- und Abwägungschancen ein.

Um die Ergebnisse der Planungszelle gegenüber überproportionalen Einflüssen einzelner Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter abzusichern, werden in der Regel parallel mehrere Planungszellen zu einer Fragestellung durchgeführt.

Das Verfahren arbeitet zwingend ergebnisoffen. Die per Zufall ausgewählten Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter entscheiden und beraten stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Zu-

fallsauswahl und die mehrtägige intensive Arbeit bilden die Grundlage für die Akzeptanz der Ergebnisse der Planungszellen in der Bevölkerung.

Die wesentlichen Vorteile des Verfahrens Planungszelle/Bürgergutachten sind:

- *Unabhängigkeit von Lobbys:* Die befristete Tätigkeit als Bürgergutachterin und Bürgergutachter schützt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Planungszelle vor dem Einfluss organisierter Interessen und der Abgabe von Gefälligkeitsgutachten. Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter können nicht befördert oder wiedergewählt werden und können deshalb auch unpopuläre Entscheidungen treffen.
- *Sachorientierung der Lösungen:* Aus den Erfahrungen bei der Durchführung des Verfahrens wird deutlich, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in Planungszellen das Gesamtinteresse vor Einzelinteressen stellen und in ihrer Arbeit das Gemeinwohl fördern wollen. Die Ergebnisse sind in einem hohen Maße sachorientiert.
- *Steigerung der Ergebnisakzeptanz durch Zufallsauswahl:* Durch die Zufallsauswahl sind die Ergebnisse der Planungszellen repräsentativ legitimiert. Die Empfehlungen haben in der Regel eine hohe Akzeptanz, da in den Empfehlungen eines Bürgergutachters der Bürgerwille greifbar wird. Die bunte Mischung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Planungszelle sorgt dafür, dass Menschen miteinander reden, die normalerweise keinen Kontakt zueinander hätten.
- *Breite Einsatzmöglichkeiten:* Planungszellen können zu unterschiedlichen Themen arbeiten. Grundsätzlich können konfliktäre und innovationsorientierte Aufgaben unterschieden werden. Zur Klärung von Konflikten und zur Überwindung von Paralyse-situationen sind Planungszellen ganz besonders gut geeignet. Die zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürger sind dem Thema gegenüber neutraler, haben in der Regel keine unmittelbaren Eigeninteressen und sind durch die Befristung des Gutachteramts nicht in der Gefahr, berufs- und karriereorientierte Standpunkte zu vertreten. Sie nehmen zudem eine Rolle als Vertreter des

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

treten. Sie nehmen zudem eine Rolle als Vertreter des Gesamtinteresses und nicht der spezifischen Betroffeneninteressen ein. Die Bürgerbeteiligung durch Planungszellen fördert die Bereitschaft, für das Ganze zu denken und zu handeln. Planungszellen können auch für die Suche nach neuen, innovativen Lösungen im Rahmen von Zukunftsplänen eingesetzt werden. Hierbei steht die Entwicklung von zukunftsfähigen Ideen im Zentrum, die durch die intensive Beschäftigung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit den Themenfeldern, durch die Diskussionen und gegenseitigen Anregungen entstehen können. Der Prozess setzt dabei ein hohes Maß an lokalem Wissen frei. Durch die alltagsnahe Sicht, die unterschiedlichen fachlichen Hintergründe der Bürgerinnen und Bürger und die eingeräumte Zeit, sind die Ergebnisse in hohem Maße praxis- und umsetzungsorientiert.

Der Ablauf einer Planungszelle ist in der Regel standardisiert. Jeder Tag ist in vier Arbeitseinheiten zu je 90 Minuten aufgeteilt. Zwischen den Arbeitseinheiten gibt es jeweils eine 30-minütige Kaffeepause. Nach der zweiten Arbeitseinheit gibt es eine 60-minütige Unterbrechung, in der ein Mittagessen serviert wird.

Typischerweise besteht die Arbeitseinheit einer Planungszelle aus drei Teilen:

1. Einführung in das Thema durch Expertenvortrag
2. Diskussion in Kleingruppen
3. Präsentation der Ergebnisse der Gruppenarbeiten und Punktierung im Plenum

Im ersten Teil werden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter durch einen Expertenvortrag in das Thema der Arbeitseinheit eingeführt. Es können auch zwei Expertinnen und Experten oder Vertreterinnen und Vertreter von Interessengruppen ihre unterschiedlichen Positionen präsentieren. Die Kurzvorträge dauern in der Regel ca. 20 Minuten, anschließend haben die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ca. 10 Minuten Gelegenheit für Fragen. Zu Beginn der Kleingruppenphase werden die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter per Zufall in Gruppen von jeweils 5 Personen eingeteilt. Jede Kleingruppe erhält eine Arbeitsfrage, anhand dieser Frage oder

Aufgabe wird das Thema im zweiten Teil der Arbeitseinheit in rund 40 Minuten diskutiert und die Empfehlungen werden schriftlich festgehalten, z.B. auf Moderationskarten. Im dritten Teil einer Arbeitseinheit, für den ca. 20 Minuten vorgesehen sind, präsentiert jeweils eine Sprecherin oder ein Sprecher einer Kleingruppe die Ergebnisse im Plenum. Mit Hilfe der Moderation werden thematisch gleiche Vorschläge von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern als Vorschläge zusammengefasst. Abschließend bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Klebepunkte ausgehändigt, mit denen sie die präsentierten Ergebnisse gewichten können.

Die Ergebnisse einer oder mehrerer parallel oder hintereinander stattfindender Planungszellen werden in einem Bürgergutachten dokumentiert, das dem Auftraggeber überreicht und veröffentlicht wird. Planungszellen und Bürgergutachten sind ein beratendes Verfahren. Die Umsetzung der Empfehlungen durch den Auftraggeber ist nicht verpflichtend. In der Regel finden Planungszellen aber zu höchst relevanten politischen Themen statt, bei denen die Auftraggeber hohes Interesse an den Ergebnissen und Lösungsvorschlägen der Bürgerinnen und Bürger haben.

### ***1.1 Besonderheiten der Kurzplanungszelle***

Die Kurzplanungszelle ist eine Sonderform der Planungszelle, die sich durch die kürzere Durchführungszeit des Verfahrens auszeichnet. Statt der vier Tage, die eine Planungszelle im Regelfall dauert, findet die Kurzplanungszelle innerhalb von zwei Tagen statt. Aufgrund der daraus resultierenden Zeitknappheit konzentriert sich die Kurzplanungszelle im Wesentlichen auf die inhaltlichen Arbeitseinheiten und verzichtet zumeist auf optionale Elemente, wie zum Beispiel ein Politikerhearing.

Aufgrund der Kürze der verfügbaren Zeit ist eine sorgfältige Aufbereitung des zu bearbeitenden Themas besonders wichtig. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen innerhalb eines halben Tages in das Thema eingeführt sein, um in den weiteren Arbeitseinheiten qualifizierte Empfehlungen zu formulieren. Dass dies erfolgreich umgesetzt werden kann, zeigen die zahlreichen Kurzplanungszellen, die in Japan durchgeführt wurden.

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

Im vorliegenden Fall wurde aufgrund des fortgeschrittenen Alters der teilnehmenden Personen das Format Kurzplanungszelle gewählt. Die Rückmeldung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern am zweiten Tag, *die Auseinandersetzung mit dem Thema mache Spaß, aber man sei doch am Abend ganz schön erschöpft gewesen oder habe Kopfschmerzen gehabt, weil man soviel Arbeit gar nicht mehr gewöhnt sei*, bestätigte die Entscheidung für die Kurzform. Die Durchführung einer viertägigen Planungszelle hätte für viele potenzielle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Überforderung dargestellt. In Folge dessen wäre evtl. die Teilnahme nicht so kontinuierlich gewesen, wie es wünschenswert ist, weil manche trotz Interesse im Verlauf der Planungszelle aufgegeben hätten.



## 2 Ausgangssituation und Auftrag

Die aktuelle demografische Entwicklung legt eine intensive Auseinandersetzung mit den Interessen, Bedürfnissen und dem Potenzial von „jungen Alten“ nahe. Eine Zweiteilung des Seniorenalters in junge Alte, Menschen zwischen etwa 60 und etwa 75 Jahren, und Hochaltrige gibt es erst, seitdem Menschen immer fitter, d.h. „jünger“ in die Altersphase eintreten und immer älter werden. Junge Alte – Menschen in dem Lebensabschnitt nach dem Ausscheiden aus dem Beruf aber vor der Hochaltrigkeit – gelten als herausragende Akteursgruppe, wenn insbesondere für schrumpfende und alternde Städte Konzepte entworfen werden, wie durch das Zusammenwirken von bürgerschaftlichem Engagement und öffentlicher Hand die Lebensqualität vor Ort erhalten werden kann. Voraussetzung dafür ist aber, dass insbesondere die Frage geklärt wird, in welcher Form ältere Menschen besser in das gesellschaftlich-politische Leben eingebunden werden können. Darauf hat die Lokalpolitik noch nicht ausreichend reagiert: Obwohl die jungen Alten, die größte und am schnellsten wachsende Altersgruppe in den Städten der Demografie-regionen bilden und damit ein großes Potenzial darstellen, sind sie doch eher schlecht in das öffentliche Leben integriert. Ein Umfeld zu schaffen, das Aktivität, Partizipation und Engagement älterer Menschen fördert, ist daher eine grundlegende Aufgabe für Kommunen, denen daran liegt, ihre Seniorenpolitik zu modernisieren. Sie sichern sich damit Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft.

### ***2.1 Ausgangssituation: Aktivierung, Engagement und Partizipation älterer Menschen***

Auftraggeber der Kurzplanungszelle, deren Ergebnisse in dem vorliegenden Bürgergutachten zusammengefasst sind, war das Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung, Referat NL 23, das eigene Zielvorstellungen hinsichtlich der Beteiligung und Aktivierung junger Alter damit verband.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat das nexus Institut im Jahr 2008 einen Salon „Junge Alte“ durchgeführt. Auf der Grundlage einer umfänglichen Vorstudie

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

zum Thema Aktivierung, Beteiligung und Engagement älterer Menschen und einer qualitativen Studie zur Situation in den Partnerstädten des Projektes, Artern im Kyffhäuserkreis und Torgelow im Landkreis Uecker-Randow, fand im September 2008 ein Expertenworkshop in Form eines Salons statt. An dieser Veranstaltung nahmen auch Abordnungen aus den Partnerstädten teil. Auf diesem Workshop kam es zu einem fruchtbaren Dialog zwischen Theorie und Praxis. Grundsätzliche Diskussionen von Problemen, Bedingungen und Erwartungen im Themenfeld „Aktivierung, Beteiligung und Engagement älterer Menschen“ standen im Zentrum. Ein beträchtlicher Teil der Workshopzeit wurde auch darauf verwandt, die Kommunen in interdisziplinären Beratungsteams bei der Entwicklung von Plänen zur Aktivierung etc. zu unterstützen, die an ihre kommunale Situation angepasst sein sollten. Vier Grundprobleme der Umsetzung in den Kommunen wurden während der Planentwicklung und in der Folgezeit deutlich:

- Bürgermeister neigen dazu, ihre Kommune in das beste Licht zu setzen. Das entspricht ihrer Rolle und ist verständlich, führt aber auch dazu, dass der existierende Modernisierungsbedarf leicht mit einem Verweis auf bestehende Angebote für ältere Menschen unterschätzt wird. Diese Angebote richten sich in der Regel nicht an jüngere aktive Senioren und sind eben angebots- und nicht beteiligungsorientiert.
- Hemmend wirkt sich auch die von vielen Bürgermeistern empfundene Sorge aus, dass die Stadt durch eine engagierte Seniorenpolitik in den Ruf einer „Altenkommune“ gebracht werden könnte, was vermeintlich Industrieansiedlung und Binden der jüngeren Bevölkerung an den Ort wesentlich erschweren würde.
- Das Angebot für ältere Menschen vor Ort kann auch deswegen als schön und ausreichend vertreten werden, weil die Zielgruppe kaum im öffentlichen Leben in Erscheinung tritt. Wortführer in der Seniorenpolitik sind Kommunalpolitiker, Beschäftigte der kommunalen Verwaltung und der Sozialverbände, d.h. „Funktionäre“, die für ihre „Klientel“ sprechen. Sie sprechen aber nicht für die schweigende Mehrheit, da sie mit

ihren Angeboten nur einen Bruchteil der Zielgruppe erreichen - und das mit nicht beteiligungsorientierten Angeboten.

- Fehlende Strukturen bürgerschaftlichen Engagements verhindern die Umsetzung der Pläne, die – sensibilisiert für das Thema in positiver Grundstimmung – auf dem Salon gefasst wurden. Die wenigen Aktiven fühlen sich überfordert.

Auf diese vier Ergebnisse des Salons reagiert das Umsetzungsprojekt „Kurzplanungszellen mit älteren Menschen“, das in der Gemeinde Heringsdorf vom 28. bis zum 29. Juli 2009 unter dem Titel „Usedom als deutsch-polnische Insel“ durchgeführt wurde. Die Kurzplanungszelle wurde als Beteiligungsform gewählt, weil sie direkt zur Aktivierung, Beteiligung und Engagementförderung beiträgt. In Planungszellen entwickeln die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Verantwortung und Engagement für das Gemeinwesen, die über die üblichen Beteiligungsverfahren nicht erreicht werden. Im Idealfall wird durch eine initiale Bürgerbeteiligung auch die Basis der Aktiven in den Städten verbreitert und eine Möglichkeit zu künftiger Zusammenarbeit gelegt.



## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

### **2.2 Auftrag: Partizipation konkret**

Als Thema der Planungszelle wurde in Abstimmung mit dem kommunalen Partner, der Gemeinde Seebad Heringsdorf „Usedom als deutsch-polnische Insel“ gewählt. Der Insel wurde nach Kriegsende mit der Stadt Swinemünde, die dem polnischen Territorium zugeschlagen wurde, das Verwaltungszentrum abgetrennt. Seit Wiedervereinigung, Grenzöffnung und Schengenbeitritt Polens verändert sich die Lage rasant. Alle Politikbereiche sind davon betroffen.

Dass durch Usedom die Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland verläuft, ist kein Thema von spezifischem Senioreninteresse. Damit leistete das Verfahren „Kurzplanungszelle“ einen direkten Beitrag zum Ziel, ältere Menschen – vor allem die sogenannten Jungen Alten – „in der Mitte der Gesellschaft“ zu beteiligen, wie es im Vorgängerprojekt programmatisch heißt. Nicht vermeintliche Seniorenbelange waren Gegenstand der Diskussionen, sondern die besondere Situation der Insel, die alle angeht.

Mit dem Thema der Kurzplanungszelle sollte ein aussagekräftiges Votum der Bürgerinnen und Bürger zu den wichtigsten Themen der deutsch-polnischen Nachbarschaft erhoben werden. Im Mittelpunkt der Arbeitseinheiten standen Fragen zum Verkehr, zum deutsch-polnischen Bildungsweg, zu Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Begegnung der Bürger und zur grundsätzlichen Bewertung des Prozesses der Annäherung und Kooperation.

Adressat des Bürgergutachtens ist in diesem Falle ungewöhnlicher Weise nicht der Auftraggeber, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, sondern der Projektpartner, die Gemeinde Heringsdorf, die die inhaltlichen Ergebnisse der thematischen Arbeitsgruppen zur Gestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses verwenden kann.

### **3 Ablauf der Kurzplanungszelle mit älteren Menschen „Usedom als deutsch-polnische Insel“ in Heringsdorf**

In diesem Kapitel wird ein Überblick über den konkreten Ablauf der Kurzplanungszelle gegeben. Neben einer kurzen Darstellung des Durchführungsortes Seebad Heringsdorf, wird die Zufallsauswahl der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter erläutert und das Arbeitsprogramm mit dem Inhalt der einzelnen Arbeitseinheiten beschrieben.

#### **3.1 Gemeinde Ostseebad Heringsdorf**

Die Gemeinde Ostseebad Heringsdorf liegt im Osten der Insel Usedom an der Grenze zum polnischen Inselteil, zwischen der Ostsee im Nordosten, dem Schmollensee und Gothensee im Südwesten und dem Wolgastsee im Süden.

Zu der Gemeinde gehören die Ortsteile Seeheilbad Ahlbeck, Seeheilbad Heringsdorf, Gothen, Seeheilbad Bansin, Bansin Dorf, Neu Sallenthin, Alt Sallenthin und Sellin. Die Einwohnerzahl blieb in den letzten Jahren stetig bei etwa 9.400.

In der Gemeinde befinden sich eine Grundschule, die an zwei Standorten geführt wird, eine regionale Schule, ein Gymnasium und ein Schulhort.

Wichtiger Eckfeiler der Wirtschaft ist der Fremdenverkehr. Es existiert eine große Anzahl von Gastronomie- und Beherbergungsbetrieben. Als Unterkunftsmagneten dienen Villen an Europas längster Promenade, in denen sich mittlerweile Hotels der gehobenen Klasse befinden. Architektonisch reizvoll ist die breite Mischung historischer und historisierender Baustile, dieser ursprünglich als Privatquartiere errichteten Prachtbauten mit ihrer wechselvollen Geschichte.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der Ostseebäder sind die Kurzentren, die sich auf ihre jeweiligen Fachbereiche spezialisiert haben.

# Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

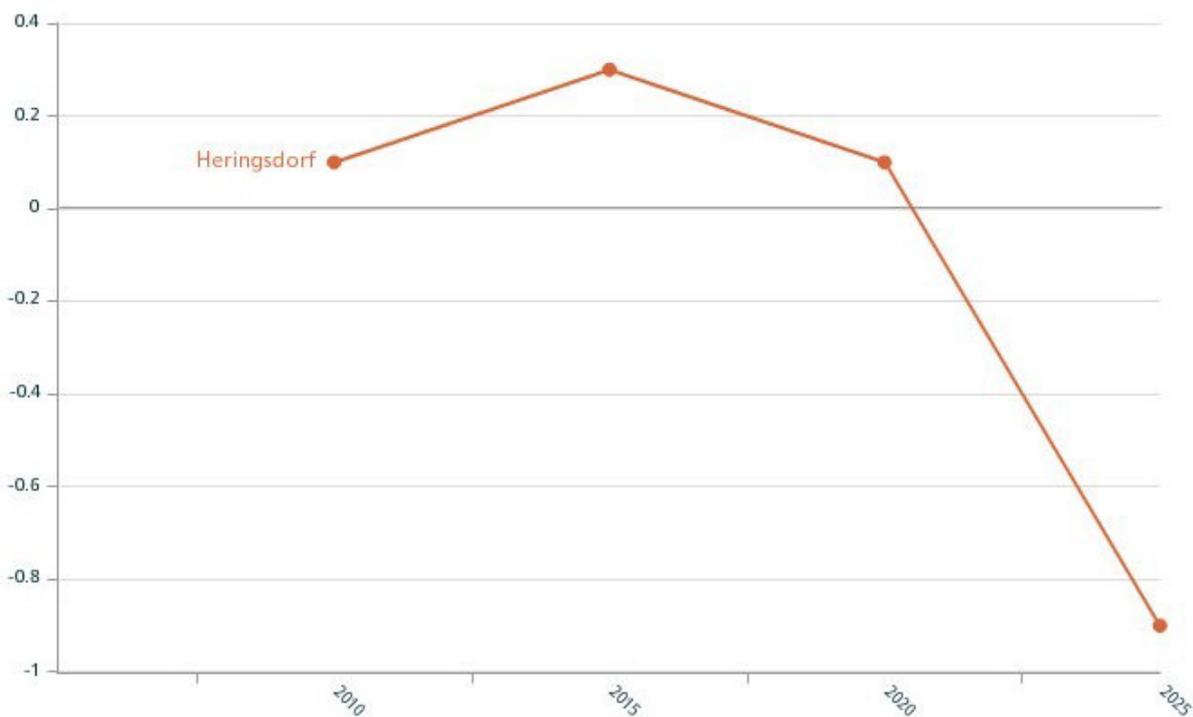
## 3.1.1 Bevölkerungsdaten

Heringsdorf gehört zu den Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, welche in dem Zeitraum von 2003 bis 2009 die Bevölkerungszahl nahezu halten konnte.

Die Tendenz zeigt allerdings einen leichten Rückgang der Bevölkerungszahl, wie aus einer Studie zum demografischen Wandel der Bertelsmann Stiftung zu entnehmen ist. Bis zum Jahr 2025 wird ein leichter Rückgang um 0,9 Prozent vorausgesagt, welches einem absoluten Wert von etwa 9.300 Menschen entspricht.

Sieht man sich diese Entwicklung über einen kürzeren Zeitraum an, etwa bis zum Jahr 2015, so wird ein leichter Anstieg um 0,3 Prozent prognostiziert bevor die Bevölkerungszahl bis 2025 stetig abnimmt.

Relative Bevölkerungsentwicklung 2006 bis 2025 (%)



Bevölkerungsentwicklung bis 2025; Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung

### **3.2 Zufallsauswahl**

Wie bereits im Kapitel 2 beschrieben, ist die Zufallsauswahl der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ein charakteristisches Merkmal des Verfahrens Kurzplanungszelle. Dieses Vorgehen sichert, dass Einwohnerinnen und Einwohner mit unterschiedlichem persönlichem Hintergrund an den Planungszellen teilnehmen können.

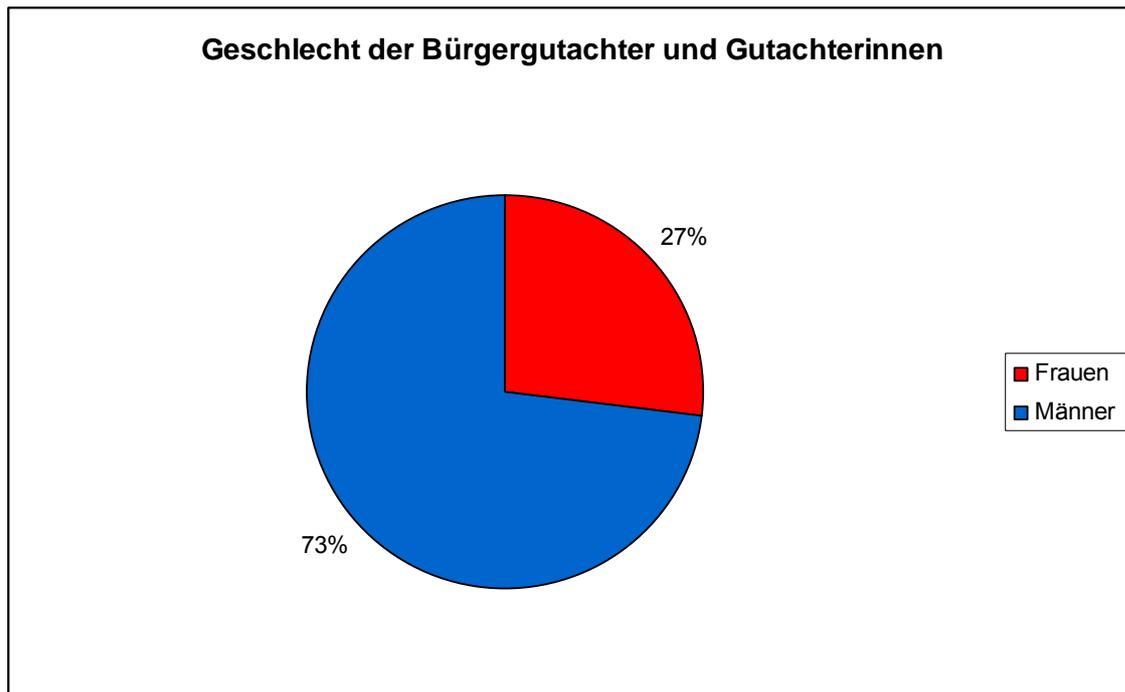
Für die Kurzplanungszelle in Heringsdorf wurde eine Zufallsstichprobe aus dem Melderegister des Einwohnermeldeamts Heringsdorf gezogen. Hierfür wurden unter Einhaltung der Bestimmungen zum Datenschutz und zur Datenerhebung des Landes Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 500 Datensätze mit Namen und Anschrift angefordert. Kriterien bei der Ziehung der Stichprobe waren ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern und ein Alter von 60 Jahren und älter, da sich die Kurzplanungszelle ausschließlich an Senioren richtete. Die ausgewählten Personen erhielten einen Einladungsbrief, der eine persönliche Einladung des Bürgermeisters enthielt. Beigefügt waren ein Anschreiben, in dem sich das nexus Institut als neutraler Durchführungsträger vorstellt und eine Rückantwortkarte.

Trotz der Terminierung in der Urlaubszeit, war der Rücklauf auf die Einladung ausgesprochen gut. Die 26 Personen, deren positive Antwortkarten als erste eingingen, erhielten eine Bestätigung.

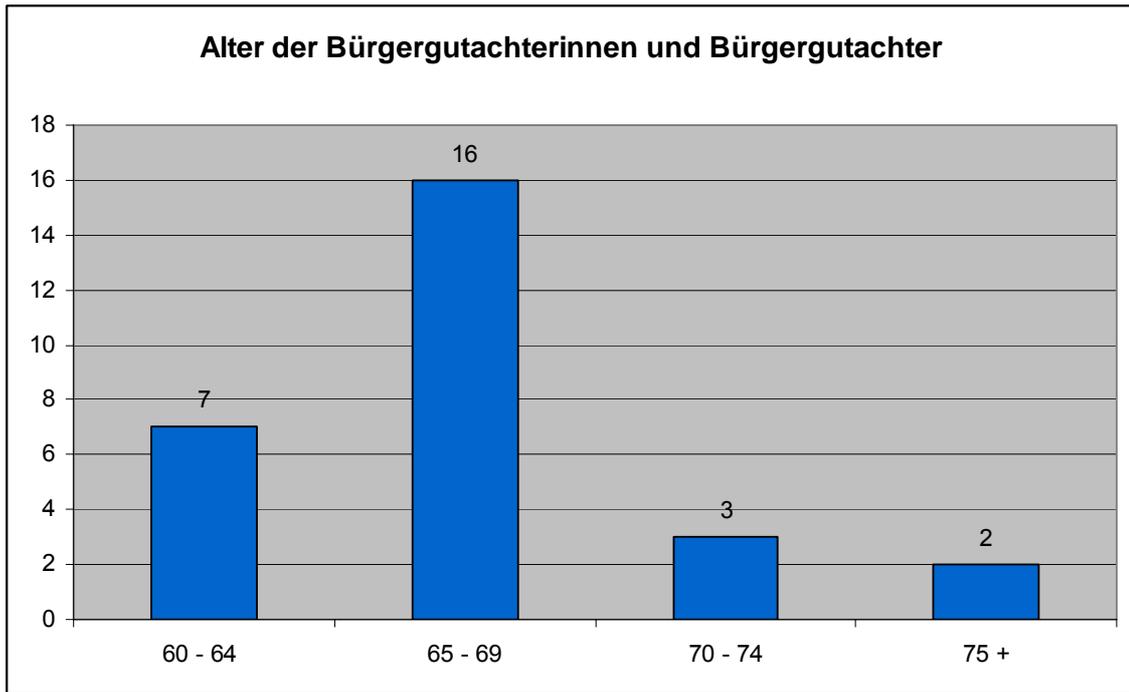
#### **3.2.1 Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter**

Obwohl sich die Einladung zu gleichen Teilen an Frauen und Männer richtete, war das Geschlechterverhältnis der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter ungleichgewichtig. An der Kurzplanungszelle in Heringsdorf haben 19 Männern teilgenommen. Ihnen standen 7 Frauen gegenüber. Dieses Ergebnis bestätigt Ergebnisse des Freiwilligensurveys, der eine höhere Affinität von Männern zu politischem Engagement festgestellt hat, während das Soziale die Domäne der ehrenamtlich tätigen Frauen ist.

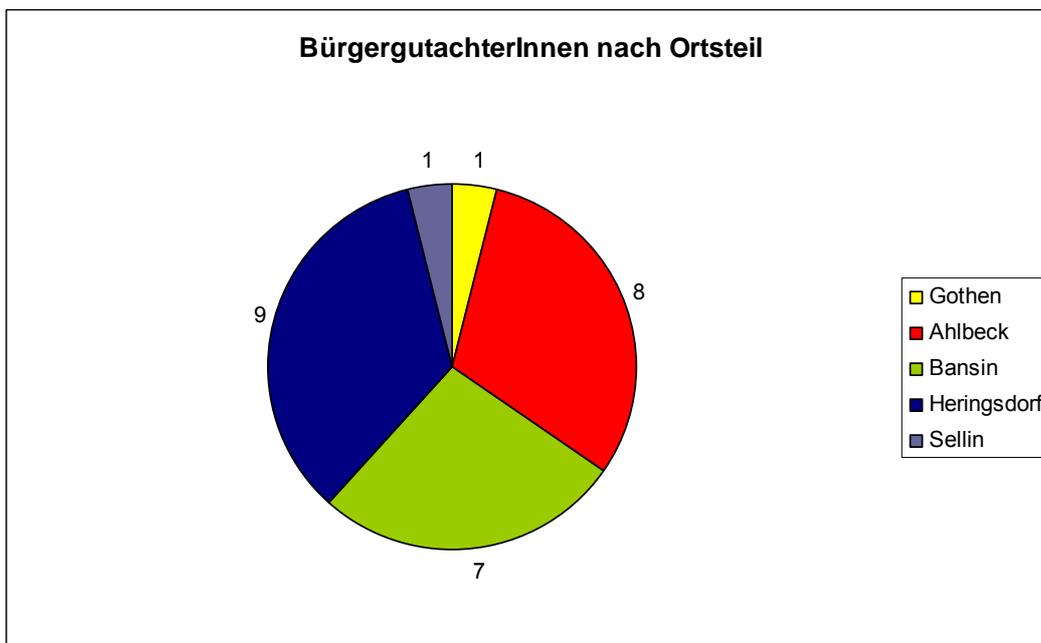
## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“



Auch eine weitere Erkenntnis des Freiwilligensurveys spiegelt sich in der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises. Jüngere Senioren sind engagierter als ältere Jahrgänge. Auf den Rückantwortkarten war die Möglichkeit gegeben, auch eine Nichtteilnahme zu übermitteln und Gründe dafür anzugeben. Wenig überraschend wurden gerade von Hochbetagten vor allem gesundheitliche Gründe genannt, warum sie die Einladung nicht annehmen wollten. Mit einem Durchschnittsalter von 66,6 Jahren hat an der Planungszelle in Heringsdorf eine junge Seniorengruppe teilgenommen. Aus der folgenden Grafik lässt sich entnehmen, wie die Zusammensetzung nach Altersgruppen war.



Zur Gemeinde Heringsdorf sind die Ostseebäder Heringsdorf, Ahlbeck und Bansin fusioniert. Als weitere Ortsteile gehören noch Gothen, Alt-Sallenthin, Neu-Sallenthin und Sellin zur Kommune.



In der Zufallsauswahl war nicht erfasst, wer einheimisch und wer zugezogen in der Gemeinde wohnhaft ist. Aus den Selbstaussagen während der Veranstaltung wurde aber deutlich, dass mit mindestens 7 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Anteil von Zugezogenen und Rückwanderern über 25 % lag. Usedom ist als attraktiver

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

Tourismusstandort ein Ziel für Menschen, die bewusst nach einem neuen Ort für Ihren Lebensabend suchen. Am Partizipationswillen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer drückt sich aus, welch großes Potenzial die Kommune nicht nur in der Altersgruppe der jüngeren Senioren, sondern darüber hinaus auch gerade bei den Zugezogenen hat.



### 3.3 Arbeitsprogramm

Das Programm der Kurzplanungszelle wurde vom nexus Institut in Absprache mit dem Auftraggeber (dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) und der Gemeinde Seebad Heringsdorf erstellt. Für Informationen über bestehende Initiativen, die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses, die Akteure auf Usedom und die wichtigsten Problemfelder war insbesondere Herr Dr. Wolfgang Abraham eine wichtige Quelle, der vom Bürgermeister als Ansprechpartner für alle deutsch-polnischen Belange benannt wurde. Durch den Abstimmungsprozess wurde sichergestellt, dass die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt wurden und das Thema adäquat im Programm umgesetzt ist. Es fanden Arbeitseinheiten zu folgenden Themen statt:

<b>Zeit</b>	<b>Dienstag 28 Juli 2009</b>	<b>Mittwoch 29. Juli 2009</b>
9.00 - 10.00	<i>Arbeitseinheit 1</i> <b>Einführung</b> <i>Begrüßung:</i> <i>Klaus Kottwittenborg, Bürgermeister</i> <i>Input: Dr. Wolfgang Abraham</i>	<i>Arbeitseinheit 5</i> <b>Deutsch-polnischer Bildungsweg</b> <i>Input: Ines Zapnik, Maxim-Gorki-Gymnasium Heringsdorf, Koordination deutsch-polnisches Bildungsprojekt</i>
	<i>Kaffeepause</i>	<i>Kaffeepause</i>
10.30 - 12.00	<i>Arbeitseinheit 2</i> <b>Vergangenheit und Zukunft</b>	<i>Arbeitseinheit 6</i> <b>Deutsch-polnische Begegnung von Senioren</b> <i>Input: Irmgard Weigel, Sozialverband Deutschland, Ortsverband Ahlbeck/Heringsdorf</i>
	<i>Mittagspause</i>	<i>Mittagspause</i>
13.00 - 14.30	<i>Arbeitseinheit 3</i> <b>Verkehr I: die Verkehrsanbindung der Insel</b> <i>Input: Karl-Heinz Schröder, Vorsteher des Amtes Usedom Süd</i>	<i>Arbeitseinheit 7</i> <b>Diskussion der Ergebnisse</b> anschließend: Sektempfang
	<i>Kaffeepause</i>	
15.00 - 16.30	<i>Arbeitseinheit 4</i> <b>Verkehr II: die Verkehrsbelastung in den Kaiserbädern</b> <i>Input: Dietmar Gutsche, Kurdirektor Kaiserbäder</i>	

Im Folgenden werden der Ablauf und die Inhalte der einzelnen Arbeitseinheiten detailliert dargestellt.

Die **Arbeitseinheit 1** war insbesondere der organisatorischen Erläuterung des Verfahrens und Einführung in das Thema gewidmet. Nach einer Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Bürgermeister Klaus Kottwittenborg folgte die Vorstellung des Moderationsteams des nexus Institut. Eine inhaltliche, persönlich gehaltene Einführung in das Thema gab anschließend Wolfgang Abraham. Am Ende der ersten Arbeitseinheit wurde dann die Gestaltung des Programms und der Themen, die in den kommenden Arbeitseinheiten bearbeitet werden sollten, erläutert.

Die **Arbeitseinheit 2** war unter dem Titel „Vergangenheit und Zukunft“ der Reflektion der eigenen Erfahrungen und möglicher daraus resultierender Voreingenommenheiten gewidmet.

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

Die Nachbarn Polen und Deutschland verbindet eine lange, oft leidvolle Geschichte. Das Trauma der polnischen Geschichte ist die Aufteilung des Landes zwischen den übermächtigen Nachbarn Deutschland und Russland. Angefangen bei den drei polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts über die Aufteilung Polens auf dem Wiener Kongress bis zum Hitler-Stalinpakt. Die Besetzung während des Zweiten Weltkrieges kostete sechs Millionen Polen das Leben. Die Verfolgung richtete sich insbesondere gegen die Intelligenz des Landes. Die Polen waren entrechtet und galten den deutschen „Herrenmenschen“ als minderwertig. Als Folge des Krieges, dessen erstes Opfer Polen gewesen war, wurde das gerade erst befreite Land in das Einflussgebiet der Sowjetunion einbezogen. Im Zuge der „Befreiung“ durch die Sowjets kam es zu Massakern am polnischen Offizierskorps und zu Deportationen von Zivilisten. Durch das Potsdamer Abkommen wurden die Grenzen des ehemaligen polnischen Staatsgebietes nach Westen verschoben, begleitet von Vertreibungen. Unter dem Einfluss dieser Geschichte *wäre eine Normalisierung der polnisch-deutschen Beziehungen schon viel*<sup>1</sup> titelt ein Beitrag in einer aktuellen Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung.

Auch auf der deutschen Seite gibt es belastende Erfahrungen. Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Planungszelle sind im Zweiten Weltkrieg oder noch davor geboren worden und haben zum Teil noch eigene prägende Erinnerungen an das Kriegsende, Besatzung, teilweise auch Flucht und Heimatverlust. Bei den jüngeren Teilnehmern kann für diesen historischen Zeitabschnitt an die Stelle des eigenen Erlebens eine Art kollektiver Erinnerung treten, die durch familiäre Erzähltraditionen gebildet wurde. Unterschiedlichste Erfahrungen mit polnischen Menschen wurden so historisiert – gute aber auch schlechte. So haben polnische Historiker erst kürzlich aufgearbeitet, dass es bei der Vertreibung der Deutschen aus Swinemünde zu Massakern kam<sup>2</sup>. Ressentiments gegenüber Polen

---

<sup>1</sup> Peter Bender (2005): Normalisierung wäre schon viel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2005.

<sup>2</sup> Adam Zadworny: They Were Killing Germans in Revenge (*Sie töteten Deutsche aus Rache*). In: Gazeta Wyborcza, 18. Januar 2008 (zur Vertreibung der Deutschen aus Swinemünde und von der Insel Wollin 1946).

können auch gehegt werden, wenn keine Verfolgungen durch Polen erinnerlich sind, sondern eher durch Soldaten der Roten Armee. Der Grund dafür ist, dass zwischen dem persönlichen oder familiären Schicksal und der neu entstandenen Staatsgrenze mit den neuen polnischen Nachbarn mitunter allein aufgrund des zeitlichen Zusammenhangs eine sachlich nicht gerechtfertigte aber emotional nachvollziehbare Verbindung hergestellt wird.

Auch später war das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen keineswegs immer so problemlos, wie es der Begriff „Brudervolk“ für die Nachbarn im Ostblock suggeriert. Es handelte sich eher um eine „zwangsverordnete Freundschaft“<sup>3</sup>. Im Jahr 1950 wurde die Oder-Neiße-Grenze von der neu entstandenen DDR anerkannt. Sie blieb jedoch trotz aller Freundschafts-Rhetorik in den Staaten des Warschauer Pakts bis 1972 weitgehend geschlossen, als der visafreie Reiseverkehr zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen möglich wurde. Mit der Gründung der freien Gewerkschaft „Solidarnosc“ 1980 endete die Zeit relativ freier Begegnungsmöglichkeiten schon wieder. DDR-Bürger konnten nur noch auf Einladung in quasi offizieller Mission in das Nachbarland reisen. Private Kontakte, die bereits geknüpft waren, konnten zwar aufrechterhalten werden, echte Begegnungen waren aber unerwünscht und Möglichkeiten, die dazu z.B. im Rahmen der Kinderferienlager bestanden hätten, wurden nicht wahrgenommen<sup>4</sup>.

Solche Erfahrungen, die während eines langen Lebens gesammelt wurden, fließen ein in ein Vorverständnis des Themas „deutsch-polnische Insel“. Nicht um die Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf eine positive Linie zu bringen, was das Neutralitätsgebot der Moderation verletzt hätte, sondern um einen offenen Umgang mit einem sensiblen Thema zu ermöglichen und damit eine stabile Basis für die weitere Arbeit zu schaffen, sollten in dieser Arbeitseinheit daher die

---

<sup>3</sup> Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hrsg.): Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990, Veröffentlichungen der deutsch-polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V.

<sup>4</sup> Zur deutsch-polnischen Geschichte vgl. Hans-Georg Golz (Hrsg., 2005): Deutschland und Polen, Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2005.

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre eigene Haltung reflektieren und offenlegen. Da die Kurzplanungszelle allerdings nicht eine geschichtliche Aufarbeitung des Themas zum Ziel hatte, wurde in der Kleingruppendiskussion zwar Raum zum Austausch der Erinnerungen gegeben, doch die zukünftige Entwicklung in den Fokus gerückt. Die Aufgabenbeschreibung für die Kleingruppen lautete:

*Wie sieht Ihre eigene Geschichte aus? Welche Erfahrungen haben Sie mit Land und Leuten jenseits von Swine und Oder gemacht?*

*Haben Sie Vorbehalte oder Befürchtungen, wenn vom Zusammenwachsen der Region die Rede ist?*

*Wie können Vorbehalte überwunden werden?*

*Welche Chancen sehen Sie für die Zukunft?*



Foto: G .M. Wagner, [www.grenzansichten.de](http://www.grenzansichten.de)

Die **Arbeitseinheit 3** beschäftigte sich mit der Verkehrssituation auf der Insel, insbesondere mit der überörtlichen Anbindung.

Die Insel Usedom ist vom Tourismus geprägt. Vor allem in den Sommermonaten kommen Urlauber, die ihre Ferien auf der Insel verbringen wollen, Kurzurlauber und Tagesbesucher aus der Region vorzugsweise mit dem eigenen Auto nach Usedom. Sie können zur Anreise von Norden aus die Bundesstraße 111 (Wolgast – Zinnowitz) nutzen oder von Süden her über die Bundesstraße 110 (Anklam – Zecheriner Brücke – Usedom) anreisen. Im Bereich der größten Seebäder – Bansin, Heringsdorf und Ahlbeck – gibt es keine Möglichkeiten Ausweichstrecken anzubieten, da Achterwasser, Schmollen- und Gothensee das Land auf einen wenige Kilometer breiten Streifen verengen.



*Karte mit freundlicher Genehmigung von [www.meer-usedom.de](http://www.meer-usedom.de)*

Durch die Grenzöffnung zum polnischen Teil der Insel haben sich neue Möglichkeiten der Verkehrsanbindung ergeben, die in einem

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebenen Projekt detailliert erforscht, geprüft und mit lokalen Akteuren diskutiert wurden<sup>5</sup>. Der Zugang zur Insel Usedom über Swinemünde wird gegenwärtig von Touristen kaum genutzt, denn die Nationalstraße N3 von Stettin nach Wollin ist in einem zum Teil schlechten Zustand. Außerdem ist der Übergang von Wollin, der Nachbarinsel Usedom, zum polnischen Teil Usedom mit dem größten Teil der Stadt Swinemünde nur über Fähren gewährleistet. So entlastet die Grenzöffnung den Verkehr zurzeit nicht, sondern erhöht eher das Verkehrsaufkommen, da Tagesfahrten über die Grenze – hauptsächlich zum Einkaufen – zum Urlaubsprogramm gehören.

Als wichtigste Maßnahme, die inzwischen auch schon umgesetzt ist, empfiehlt das integrierte Verkehrskonzept Usedom – Wollin die Umwidmung der B 111. Sie macht nun ab Schmollensee einen Rechtschwenk zur B110 in Mellenthin. Die Straße durch die Kaiserbäder bis zur Grenze ist nun nicht mehr als Bundesstraße ausgewiesen, sondern ab Schmollensee als Landesstraße 266. Damit soll der Verkehr in den chronisch überlasteten Kaiserbädern reduziert werden.



Bild: Karniner Brücke, <http://gewaesser.rudern.de/karnin>

Die zweite wichtige Empfehlung für die Anbindung der Insel Usedom betrifft die Schienensüdanbindung über Ducherow und die Karniner Brücke nach Swinemünde. Eine daraus folgende Verkürzung der Fahrtzeit von Berlin

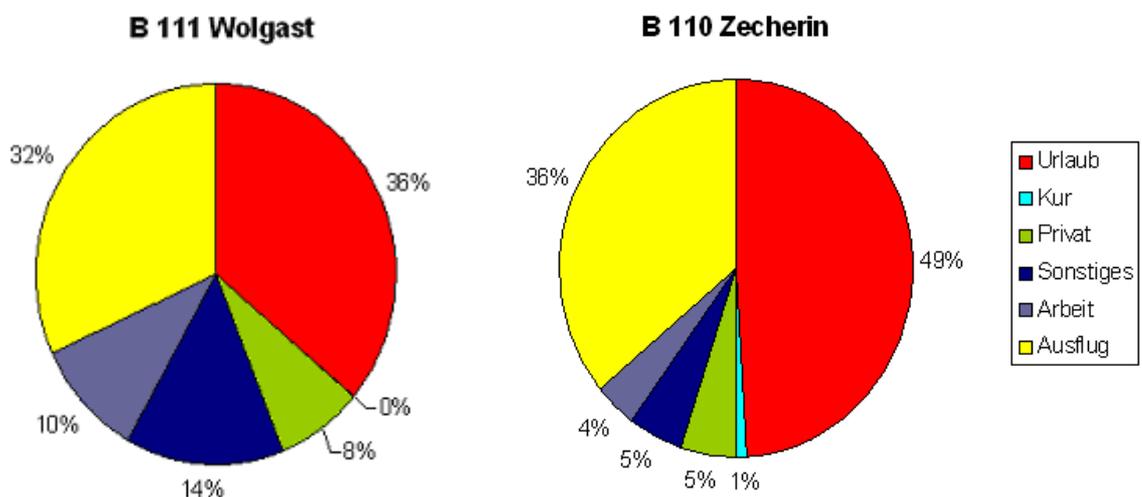
---

<sup>5</sup> Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept Usedom-Wollin 2015, Herausforderungen und Lösungen für den Verkehr auf den Inseln Usedom und Wollin, [www.ptv.de](http://www.ptv.de)

in die Kaiserbäder von 4 auf 2,5 Stunden würde den Vorkriegszustand wiederherstellen und die Anreise mit der Bahn erheblich attraktiver machen.

Die meisten Touristen bevorzugen aber die Anreise im eigenen PKW – nur knapp 10 % kommen mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Da die Möglichkeiten den Motorisierten Individualverkehr (MIV) über Ausweichstrecken zu führen topografisch ausgesprochen begrenzt sind, setzt das integrierte Verkehrssystem vor allem auf eine nachhaltige Verkehrsentwicklung. Dazu soll eine telematische Verkehrsführung beitragen, die mit einem Parkleitsystem und Hinweisen zum Umstieg auf den ÖPNV – die Usedomer Bäderbahn (UBB) – gekoppelt ist.

Die höchste Verkehrsbelastung wird im Sommer an den Wochenenden gemessen. Dann fallen die Verkehre der zum Bettenwechsel am Sonnabend ab- und anreisenden Urlauber mit den Kurztrips der Besucher aus der Region zusammen. Diese kommen fast ausschließlich (zu 92 %) mit dem Auto und sind zu etwa einem Drittel am gesamten Verkehrsaufkommen beteiligt.



*Fahrtzwecke an den Inselbrücken, Befragungen 7./8. August 2004, Daten aus dem Endbericht der PTV zum Integrierten Verkehrskonzept Usedom- Wollin*

Zum Einstieg erläuterte Karl-Heinz Schröder, Vorsteher des Amtes Usedom Süd die Verkehrssituation der Insel. Er hat an der Erstellung des integrierten Verkehrsplans Usedom-Wollin mitgewirkt und erläuterte kurzgefasst die besonderen Schwierigkeiten der Ver-

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

kehrsplanung. Anschließend wurden in den Kleingruppen folgende Fragen diskutiert:

*Haben Sie Vorschläge zur Streckenführung?*

*Wie könnten insbesondere Tagestouristen zum Umstieg auf den ÖPNV gewonnen werden?*



Der Verkehr stand auch im Zentrum der **Arbeitseinheit 4**. Kurdirektor Dietmar Gutsche informierte über die Verkehrsbelastung der Kaiserbäder, unter der Einheimische und Touristen gleichermaßen leiden. So ist die Mobilität durch Staus vor allem während der Hauptsaison erheblich eingeschränkt, der Lärm schädigt die Anwohner und die Querung der Hauptstraße (ehemalige B 111), die durch die Ortschaften geht, ist schwierig und gerade für Kinder oder auch gehbehinderte ältere Menschen gefährlich. Die Lärm- und Schadstoffemissionen haben so zugenommen, dass der Kurortstatus der Kaiserbäder gefährdet ist.

Das integrierte Verkehrskonzept empfiehlt als Lösungsstrategie die Verkehrsreduzierung. Damit soll der Ausstoß von Lärm- und Schadstoffen gemindert werden, die Sicherheit für Fußgänger, Radfahrer, Anwohner und Gäste erhöht, die Aufenthaltsfunktion des öffentlichen

Raumes gestärkt und die Trennwirkung der Straßen reduziert werden.

Wenn auch der Hauptteil des Verkehrs durch Tagestouristen und Urlauber erzeugt wird – fast 84.000 Gäste am Tag werden in Spitzenzeiten gezählt – so ist der Anteil der rund 31.000 Einheimischen am Verkehrsaufkommen keineswegs gering zu nennen. Bei den Verkehrszählungen an den Inselbrücken waren nicht touristische Fahrtzwecke immerhin zu 14 % bzw. 32 % vertreten. Der Wirtschaftsverkehr und der Verkehr auf der Insel sind dabei gar nicht erfasst worden. Aus Erhebungen zum Mobilitätsverhalten verschiedener Gruppen geht klar hervor, dass die Usedomer längere Fahrten zur Arbeit oder anderen Zwecken fast ausschließlich mit dem eigenen Auto zurück legen. Innerorts wird auch viel zu Fuß gegangen und Fahrrad gefahren. 30 % der Arbeitswege und 40 % des Freizeit und Versorgungsverkehrs entfallen auf diese umweltfreundlichen Bewegungsarten. Der öffentliche Nahverkehr genießt bei Einheimischen nur eine geringe Akzeptanz. Nur rund 6 % der anfallenden Wege werden mit Bus und Bahn erledigt.

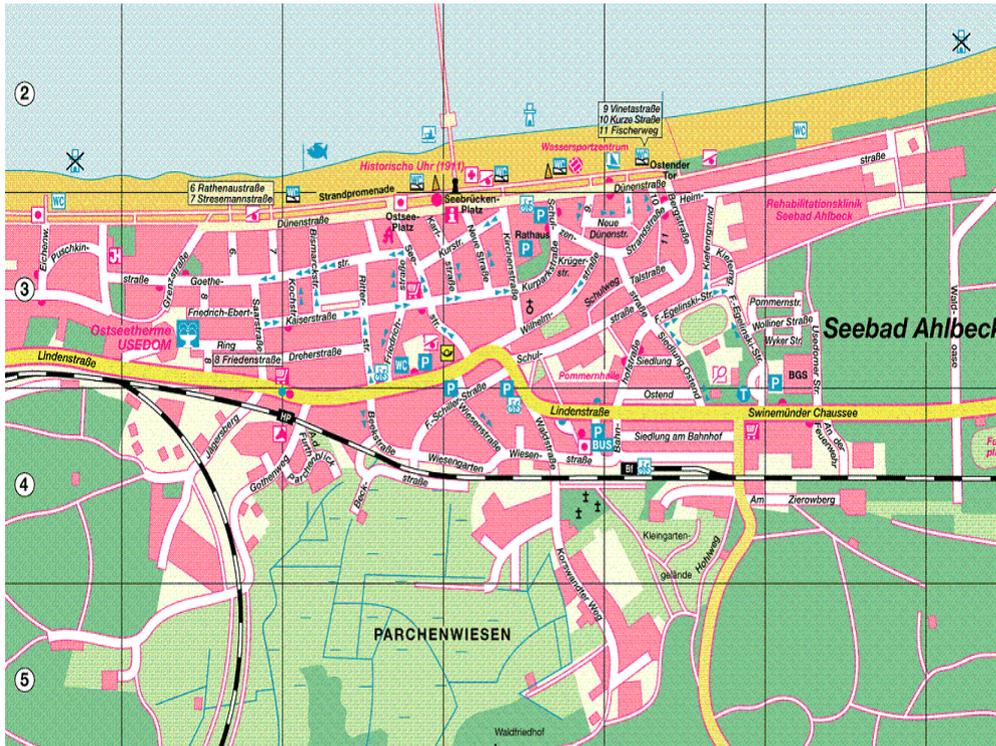
Kurdirektor Dietmar Gutsche erläuterte außerdem die Parkraum- und Parksuchverkehr-Problematik, die in den Kaiserbädern zu an sich vermeidbarem Verkehr führt. Dem Ansatz der Verkehrsvermeidung, bzw. der Vermeidung des Motorisierten Individualverkehrs durch Einwohner räumte er breiten Raum ein. Daran schloss sich folgender Arbeitsauftrag für die Kleingruppen an:

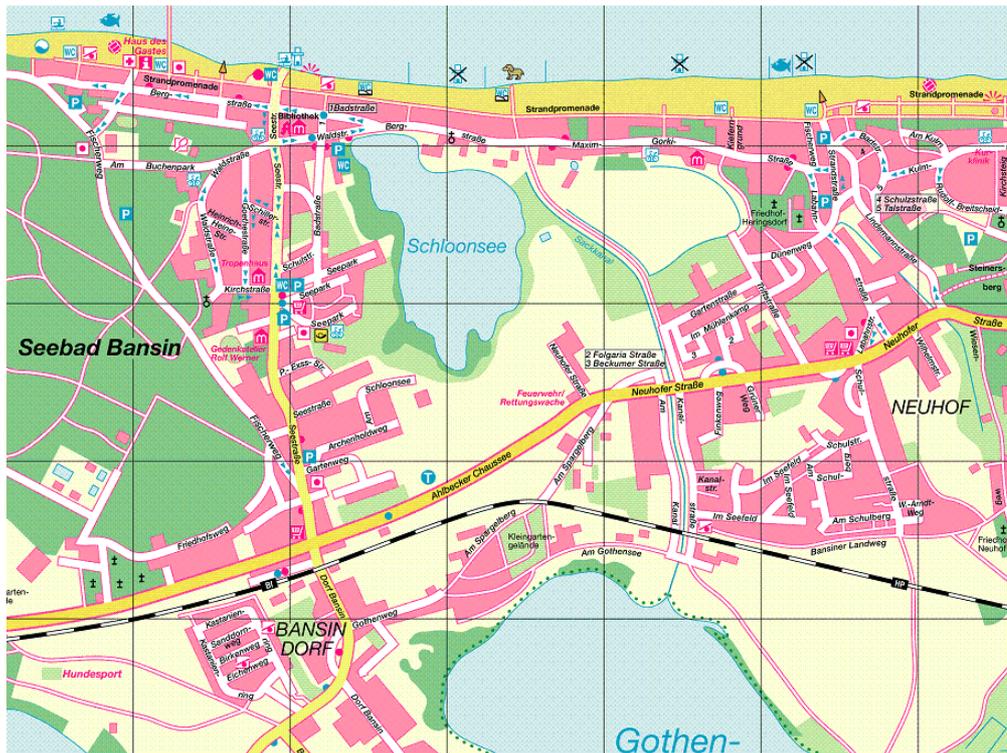
*Machen Sie Vorschläge, wie der öffentliche Nahverkehr für die Einwohner attraktiver gestaltet werden kann!*

*Notieren sie bitte Vor- und Nachteile von Fahrteinschränkungen!*

*Wenn Sie ergänzende Vorschläge zur Verkehrsvermeidung haben, notieren Sie diese bitte ebenfalls!*

# Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“





Der zweite Tag der Kurzplanungszelle begann mit dem Thema „Deutsch-Polnischer Bildungsweg“ das in der **Arbeitseinheit 5** besprochen wurde. Als Referentin war Ines Zapnik eingeladen, die am Maxim-Gorki-Gymnasium als Koordinatorin des Deutsch-Polnischen Bildungsprojektes wirkt. Sie informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den Deutsch-Polnischen Bildungsweg.

Auf Usedom ist es ab dem Kindergarten möglich, Polnisch bzw. Deutsch als Fremdsprache zu lernen. Beteiligt sind auf deutscher Seite der Kindergarten „Uns lüßt Puppenstuw“ in Ahlbeck, die Grundschule „An der alten Feuerwehr“ Heringsdorf, die Grundschule und die Förderschule in Zirchow, die Pommernschule in Ahlbeck und das Maxim-Gorki-Gymnasium in Heringsdorf. In Swinemünde nehmen der Kindergarten nr. 1, der Grundschulteil des Lizeum Ogólnokształcące, Gimnazjum i Szkoła Podstawowa, das Lizeum Ogólnokształcące, die Förderschule sowie die Gimnazjen nr 1 und 2 teil. Zwischen den Partnerschulen findet ein Austausch statt. So werden gemeinsam Feste gefeiert, Ausflüge organisiert oder auch Workshops besucht.

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

Der Deutsch-Polnische Bildungsweg soll weiter ausgebaut, intensiviert und qualitativ verbessert werden. Dazu hat sich eine Deutsch-Polnische Arbeitsgruppe Bildungskoooperation Usedom-Wollin, im Mai 2008 gegründet, die auf der Grundlage der im November 2007 geschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen der Gemeinde Ostseebad Heringsdorf und der Stadt Świnoujście arbeitet. Zu den Aufgaben und Zielen der Arbeitsgruppe Bildungskoooperation gehört die Organisation und Unterstützung von Initiativen, die der Erweiterung des deutsch-polnischen Austausches in Bildung, Kultur und Sport der Jugend dienen. Ein weiteres Betätigungsfeld ist die Organisation von Treffen und Konferenzen zur Erreichung eines besseren Verständnisses der Unterschiede in Organisation und Funktion der Bildungssysteme in Deutschland und Polen. Die Gruppe arbeitet an der Initiierung und Realisierung von Maßnahmen zur Entwicklung der Fremdsprachenkenntnisse, besonders der polnischen Sprache unter deutschen Kindern und Jugendlichen sowie der deutschen Sprache unter polnischen Kindern und Jugendlichen durch:

- *Maßnahmen zum Aufbau deutsch-polnischer Gruppen in Kindergärten*
- *Maßnahmen zur Fortsetzung deutsch-polnischer Schulklassen in der mittleren Schulphase*
- *Initiierung und Organisation regelmäßiger Begegnungen von Schülern, Lehrern und Eltern.*
- *Organisation von Lehrerpraktika an den Mitgliedseinrichtungen der AG*



*Bild: Tandemunterricht in der 8. Klasse, Foto: Ines Zapnik*

Der Motor des Deutsch-Polnischen Bildungsweges ist das Projekt „Zwei Sprachen in einer Region“ zwischen dem Maxim-Gorki-Gymnasium Heringsdorf und dem Gimnazjum nr. 2 (bis zur 9. Klasse) und dem Liceum Ogólnokształcące in Mieszka (ab Klasse 10). Bereits im November 1996 hat die Schulkonferenz des Maxim-Gorki-Gymnasiums die Bildung eines Schulprofils befürwortet, das einen bilingualen Bildungsgang zur Öffnung der Schule im grenznahen Raum (Euroregion Pomerania) mit dem Ziel der Verbesserung der interkulturellen Kommunikation und Kooperation zwischen Schülern verschiedener EU-Staaten zum Inhalt hat. Fünf Jahre später wurde das deutsch-polnische Schulprojekt im Schuljahr 2001/02 auf der Grundlage eines Abkommens zwischen polnischen und deutschen Schulbehörden ins Leben gerufen. Seit dem 30. April 2004 sind die beteiligten Schulen als „Europa-Schule“ anerkannt.

Didaktisch wird der Austausch vor allem über den „Projektdienstag“ umgesetzt. An diesem Tag findet der Unterricht in deutsch-polnisch gemischten Klassen statt. Eine gemischte Gruppe wird in Swinemünde, die andere in Heringsdorf unterrichtet. Deutsch bzw. Polnisch wird in Schüler-Tandems gelernt, andere Fächer wie Sport oder Mathematik mit begrenztem Vokabular werden am Gimnazjum

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

auf Polnisch, am Gymnasium auf Deutsch unterrichtet. Nach sechs Wochen wechseln die Schülergruppen den Unterrichtsort, damit jeder am Projektdienstag auch Unterricht in der jeweiligen Fremdsprache absolviert.

Die Teilnahme am Projekt beginnt in der 7. Klasse, wenn Polnisch als zweite Fremdsprache nach Englisch gewählt werden kann. Zum Abschluss der 9. Klasse, mit der das polnische Gimnazjum endet, erhalten alle Schüler ein Diplom. Partner für den Austausch in der 10. Klasse und in der Oberstufe ist das Lyzeum. Hier wird das Projekt in monatlichen Treffen zu verschiedenen Themen fortgeführt. In der Oberstufe, d.h. ab der 11. Klasse nehmen die Schüler zu vorher vereinbarten Terminen an Unterrichtsstunden der Partnerschulen teil.

Das Projekt „Zwei Sprachen in einer Region“ will dazu beitragen, die Sprachkompetenz zu entwickeln und damit zu verbesserten Berufsmöglichkeiten beitragen. Vielfältige Begegnungen sind ein Ziel, denn sie bewirken eine lebendige Beziehung zu den Nachbarn. Damit wird ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Toleranz gesetzt. In dem Hemmungen und Vorurteile überwunden werden, wird der Umgang mit Menschen aus anderen Sprach- und Kulturräumen zur Normalität. Die Schulen verstehen sich als Kulturträger und wollen konkrete Beiträge zur Herausbildung eines gemeinsamen Kultur- und Umweltbewusstseins in der Region leisten. Die gemischte Klassenbildung dient dazu, persönliche Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Heranwachsenden zu fördern. So wächst die Region zusammen.

Seit der Neuordnung der Orientierungsstufe in Mecklenburg-Vorpommern im Schuljahr 2006/2007 ist es für das Maxim-Gorki-Gymnasium schwieriger geworden, Schüler für Polnisch als zweite Fremdsprache und damit für das Deutsch-Polnische Schulprojekt zu gewinnen. Vor der Reform konnten die Schüler der 5. und 6. Klassen am Gymnasium das Projekt und seinen besonderen Schulalltag kennenlernen, bevor sie ihre zweite Fremdsprache wählen mussten. Nun wird diese Entscheidung getroffen, wenn Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder auf dem Gymnasium die zweite Fremdsprache an-

geben müssen. Ohne vorherige Erfahrungen mit dem Schulprojekt wird eher das vertraute Französisch gewählt.



*Maxim Gorki Gymnasium, Foto: Ines Zapnik*

In den Kleingruppen wurden folgende Aufgaben bearbeitet:

*Nennen Sie bitte Vor- und Nachteile des deutsch-polnischen Bildungsweges!*

*Bitte überlegen Sie sich, ob Sie für oder gegen das Vorhaben stehen, die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen im Rahmen des deutsch-polnischen Bildungsweges noch enger zu gestalten als bisher!*

Austausch und Begegnung zwischen Angehörigen von Nachbarländern sind üblicher Weise im Kinder- und Jugendbereich angesiedelt. Doch auch im Erwachsenenalter kann ein Austausch stattfinden. In der **Arbeitseinheit 6** stand daher das Thema „Deutsch-Polnische Begegnung von Senioren“ im Zentrum. Irmgard Weigel berichtete im Eingangsplenum der Arbeitseinheit 6 über den Austausch mit den „polnischen Freunden“ in Swinemünde, den die Ortsgruppe Ahlbeck/Heringsdorf des Sozialverbands Deutschland schon seit 1993 pflegt.

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) ist aus dem Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen hervorgegangen. Dieser Verband wurde 1917 zur Durchsetzung der Interessen von Kriegsoffern gegründet. Die kritische Sicht des Verbandes auf militaristische Auswüchse, die aus den

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

leidvollen Kriegserfahrungen der Mitglieder herrührte, führte dazu, dass der Reichsbund im Dritten Reich aufgelöst und zerschlagen wurde. Er blieb auch in der sowjetisch besetzten Zone und der daraus dann hervorgegangenen DDR verboten. Erst 1990 konstituierte sich wieder ein Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und noch im gleichen Jahr wurde auch die Ortsgruppe Ahlbeck/Heringsdorf gegründet. Im Jahr 1999 strich der Verband die traditionelle Benennung Reichsbund aus dem Namen. Der seitdem als Sozialverband Deutschland auftretende Verband reagierte damit auch auf die schrittweise Änderung der Mitglieder- und Aufgabenstruktur. Kriegsgeschädigte sind in Deutschland Dank der langen Friedenszeit selten geworden, stattdessen brauchen Rentner und Behinderte Beratung und Unterstützung. In den Ortsgruppen werden darüber hinaus auch zahlreiche Freizeitaktivitäten organisiert nach dem Motto „gemeinsam statt einsam“.

Obwohl es keine Alterseinschränkung für Mitglieder gibt, gehören dem Verband, der vorrangig als Interessenvertretung derjenigen auftritt, die aus unterschiedlichen Gründen einen Rentenanspruch haben, fast ausschließlich Seniorinnen und Senioren an. Der Ortsverband Ahlbeck/Heringsdorf macht da keine Ausnahme.

1993 nahm die Ortsgruppe Kontakt zu Verbänden in Swinemünde auf, die als Partnerorganisationen für einen deutsch-polnischen Austausch in Frage kommen konnten. Das waren der „polnische Verband der Kriegsinvaliden“ und die „Vereinigung der Kombattanten und politisch Verfolgten“. Herr Urbanczyk (Jahrgang 1923) steht bei den Vereinigungen in Swinemünde seit 1989 vor. Er ist an einer Begegnung über die Grenze hinweg ebenso interessiert wie die Vorsitzende der Ortsgruppe des Sozialverbandes Irmgard Weigel. Auf dieser Basis entwickelte sich schnell ein lebendiger Austausch. Alljährlich nehmen beide Gruppen gemeinsam am 12. März an einer Gedenkveranstaltung für die Opfer des Bombenangriffs auf Swinemünde im Jahr 1945 auf dem Golm in Kamminke teil. Auch zu anderen offiziellen Terminen lädt man sich gegenseitig ein. Der Schwerpunkt der Begegnung liegt aber im geselligen Beisammensein: Grillnachmittage und abendlicher Tanz im Freien gehören ebenso zum Programm in den Sommermonaten wie gemeinsame Ausflüge. Zu Fest-

tagen, wie dem Frauentag, dem Tag des Meeres und zum Oblatenfest – einer vorweihnachtlichen Feier polnischer Tradition – besucht man sich. In herzlicher Atmosphäre werden zu diesen Anlässen oft kleine Präsente ausgetauscht. Das Gespräch kreist um aktuelle Probleme aber auch um Persönlich-Familiäres. Sprachschwierigkeiten gibt es nicht, da viele der polnischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Treffen Deutsch sprechen.

So sind über die Jahre freundschaftliche Kontakte entstanden, die auch die verheerenden Kriegserinnerungen und Folgen, zu überbrücken vermögen. Viele der Angehörigen der „Vereinigung der Kombattanten“ waren während des Krieges in deutschen Arbeitslagern interniert und zu Zwangsarbeit verpflichtet. Dass sie trotz dieser Erfahrungen „so freundlich und herzlich“ auf die Mitglieder des Sozialverbandes zukommen, beeindruckt die deutsche Seite immer wieder.

Die Grenzöffnung hat die Begegnung zwischen den polnischen und den deutschen Seniorinnen und Senioren erheblich erleichtert, weil die Verkehrsverbindungen viel unkomplizierter und kürzer geworden sind. Beide Seiten sind über das entstandene herzliche Verhältnis und das gegenseitige Verstehen sehr glücklich und sind bestrebt, die Beziehungen auch weiterhin zu halten und zu vertiefen.

Nach diesem Bericht über eine existierende Tradition der deutsch-polnischen Begegnung im Seniorenbereich sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigene Vorschläge für einen weiteren Ausbau der deutsch-polnischen Begegnung entwickeln. Die Fragen für die Kleingruppenarbeit lauteten:

*Welche Inhalte könnten Sie motivieren, an Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Senioren teilzunehmen?*

*Welche Institutionen sollten Ihrer Ansicht nach mehr Initiative zeigen für die Begegnung von älteren Menschen aus beiden Teilen der Insel?*

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

Die **Arbeitseinheit 7** beschäftigte sich nicht mehr inhaltlich mit dem Thema der Kurzplanungszelle, sondern war der Reflektion der Ergebnisse, des Verfahrens und der Verabschiedung der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter gewidmet. Im Rahmen dieser Arbeitseinheit gab es eine Blitzlichtrunde, in der alle Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, kurz ihre Eindrücke und eine Bewertung des Verfahrens abzugeben. Des Weiteren wurde geklärt, welche Teilnehmerinnen und Teilnehmer die erste Fassung des Bürgergutachtens auf sachliche Richtigkeit lesen. Die Verabschiedung fand im Rahmen eines anschließenden Sektempfangs statt.



## 4 Ergebnisse der Kurzplanungszelle in der Gemeinde Seebad Heringsdorf

Dieses Kapitel stellt die Ergebnisse der einzelnen Arbeitseinheiten dar und enthält die Empfehlungen der Heringsdorfer Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter.

Bei der Darstellung der Ergebnisse wird die Gliederung der beiden Tage der Kurzplanungszelle übernommen. Die Ergebnisse werden wie folgt dargestellt:

- Die Thematik der einzelnen Arbeitseinheiten wird einleitend kurz erläutert (eine ausführliche Beschreibung des Ablaufs der Arbeitseinheiten findet sich in Kapitel 3).
- Anschließend ist die Aufgabe bzw. Frage aufgeführt, welche die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern in den Kleingruppen bearbeitet haben. In einigen Arbeitseinheiten wurden auch mehrere Fragen beantwortet. Diese werden getrennt voneinander dargestellt.
- Eine Grafik präsentiert die Empfehlungen, die bei der Gewichtung die meisten Stimmen erhalten haben.
- Die Empfehlungen werden anschließend in einem Text beschrieben, der auch auf die Einzelheiten der Vorschläge der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter eingeht.
- Am Schluss jeder Arbeitseinheit werden die wichtigsten Empfehlungen noch einmal kurz zusammengefasst.
- Bei der Darstellung der Ergebnisse werden die Arbeitseinheiten 1 und 7 ausgelassen, da sie keine inhaltlichen Fragen beantworteten, sondern, wie bereits in Kapitel 3 dargestellt, ausschließlich der Klärung organisatorischer Fragen und der Reflexion der Ergebnisse und des Verfahrens dienten.

### **4.1 Arbeitseinheit 2 – Vergangenheit und Zukunft**

In der zweiten Arbeitseinheit wurden die persönlichen Erfahrungen, Prägungen und Voreingenommenheiten in Bezug auf einen Ausbau der deutsch-polnischen Beziehungen reflektiert. In den Kleingruppen wurde Raum für einen persönlichen Austausch gegeben. Die Vergewärtigung von Erinnerungen wurde jedoch auf die Kleingruppe beschränkt. Im Plenum wurden zielgerichtet Vorbehalte oder Befürchtungen gesammelt sowie Vorschläge, wie diese Vorbehalte überwunden werden könnten. Dazu gehörte auch die Formulierung von Chancen für die Zukunft.

Eine Bepunktung fand nicht statt.

Die Teilnehmer hatten trotz teilweise belastender Kindheitserinnerungen ein überwältigendes Interesse an der Verständigung mit den polnischen Nachbarn. Noch aber sehen sie Vorbehalte sowohl auf der deutschen als auch auf der polnischen Seite, die aber ihrer Einschätzung nach über kurz oder lang überwunden werden. Die Vorstellungen über den Zeithorizont reichen von 10-15 Jahren bis hin zu ein bis zwei Generationen (etwa 30 – 60 Jahre). Treibende Kraft der Annäherung wird die Wirtschaft sein, mit dem für beide Seiten positiven Austausch von Gütern und Arbeitskräften. Die Europäische Union spielt als verbindender und Verbindlichkeit schaffender Rahmen eine wichtige Rolle in diesem Prozess. In diese Richtung zielte auch ein Beitrag, der englische Sprachkenntnisse in der entstehenden Euroregion für ganz unerlässlich hielt, weil das Englische in Polen, wie in anderen Ostseeanrainerstaaten die selbstverständliche Verkehrssprache im internationalen Austausch geworden ist.

Weitgehend geteilt wurde das Empfinden, dass aus der Historie verständliche Bedenken auf der polnischen Seite größer seien und von dort auch weniger Engagement für die deutsch-polnischen Beziehungen zu erwarten ist. Wobei in den lokalen, persönlichen Beziehungen bessere Erfahrungen gemacht worden sind. Eine Kleingruppe sah im Gegensatz dazu die größeren Vorbehalte auf der deutschen Seite. Hinter Ressentiments, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durchaus in ihrem Umfeld beobachten, werden weniger historische als eher aktuelle Erfahrungen nach der Grenzöffnung vermutet. Die Lösung insbesondere der Verkehrsprobleme, mehr

Kontakt und das Angeleichen der Lebensverhältnisse werden zum Schwinden der Vorurteile beitragen, so die Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Unterschiede der Mentalitäten wurden auch thematisiert. Polen werden als religiös – katholisch geprägt – wahrgenommen. Familie und Nation haben eine hohe Bedeutung. Anders im deutschen Teil der Insel. Kirchgänger sind selten und gehören eher zur evangelischen Landeskirche. Der polnische Stolz auf das Land und die Verpflichtung des Einzelnen der Nation gegenüber, werden als befremdlich empfunden.

Einig waren sich die Bürgergutachter und Bürgergutachterinnen darin, dass sich durch das Zusammenwachsen der Region Möglichkeiten entwickeln, den negativen Folgen des demografischen Wandels zu begegnen. Vor allem hoffen die Teilnehmer darauf, dass die Abwanderung der Jugend gestoppt werden kann, wenn durch die Verbindung mit der Großstadt Swinemünde das wirtschaftliche Potenzial Usedom viel größer wird. Dort gibt es interessante Arbeitsplätze auch außerhalb der Tourismusbranche. Teilnehmerinnen und Teilnehmer sahen in dieser Hinsicht sowohl den Hafen, als Logistikzentrum, als auch die Modernisierung der technischen Infrastruktur als besondere Chance für qualifizierte Arbeitsplätze an. Auch der Zuzug junger Polen in die von Abwanderung besonders betroffenen Gemeinden Ostvorpommerns wird als Chance für die Region begriffen.

Engere Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Teil Usedom werden nach Ansicht der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vor allem über den Weg der persönlichen Begegnung erreicht. Das Verständnis füreinander wächst durch persönlichen Kontakt im Rahmen von Kulturaustausch, Vereinsbegegnungen und Besuchen. Weil viele Polinnen und Polen Deutsch können, besteht dabei keine Sprachbarriere. So sehr dies auch von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern begrüßt wird, so schließt sich daran auch eine gewisse Scham darüber an, dass Polnischkenntnisse bei Deutschen nur sehr selten sind. Daraus resultierte der Vorschlag, Polnischkurse für Senioren anzubieten. Ein weiterer konkreter Vorschlag betraf die zweisprachige Beschilderung, als Zeichen gegenseitiger Achtung und guter Nachbarschaft.

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

### **4.1.1 Empfehlungen der Arbeitseinheit 2:**

- Die deutsch-polnische Verständigung ist ein wichtiger Prozess für die Insel Usedom, der breite Unterstützung verdient.
- Das Zusammenwachsen der Region wird vor allem von der Wirtschaft befördert.
- Größte Chance der deutsch-polnischen Annäherung sind Arbeitsplätze, die dazu beitragen können, die Abwanderung der Jugend zu stoppen.
- Bedenken werden überwunden durch das Lösen realer Probleme, wie der Verkehrsbelastung, und vor allem durch gegenseitige Begegnung und persönlichen Kontakt.

### **4.2 Arbeitseinheit 3 – Die Verkehrsanbindung der Insel Usedom**

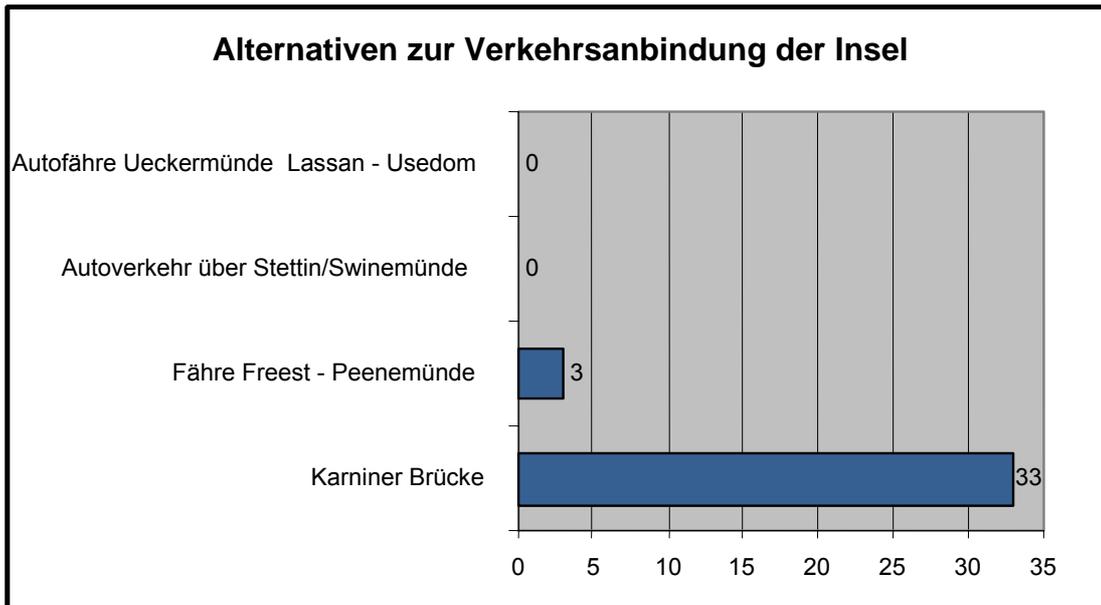
In dieser Arbeitseinheit wurde das Thema Verkehrsanbindung und welche Rolle der öffentliche Verkehr dabei einnimmt diskutiert.

In den Kleingruppen wurden folgende Aufgaben bearbeitet:

*Haben Sie Vorschläge zur Streckenführung?*

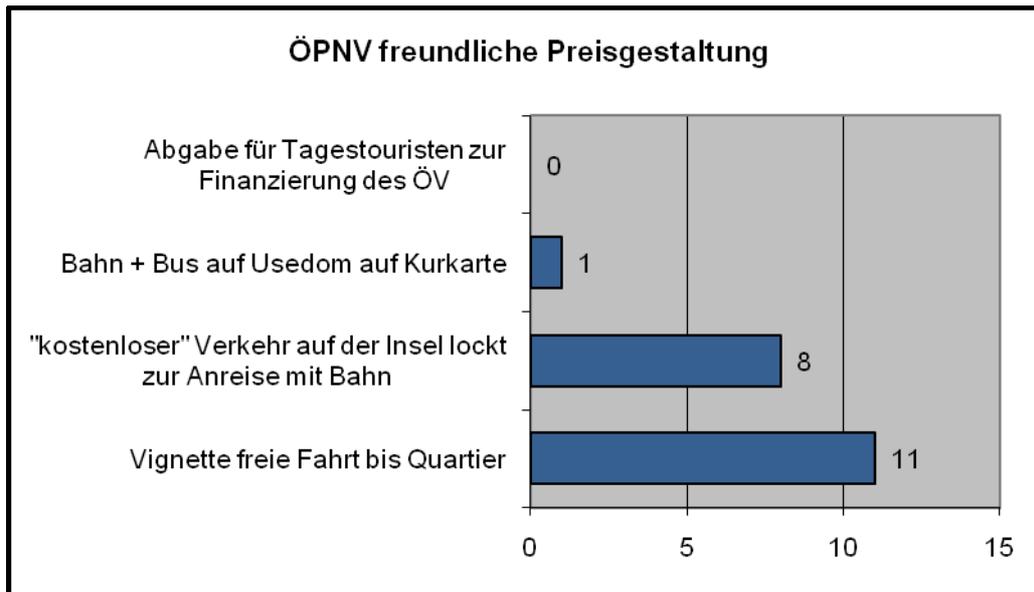
*Wie könnten insbesondere Tagestouristen zum Umstieg auf den ÖPNV gewonnen werden?*

Die topografischen Eigenheiten der Insel lassen wenig Spielraum für neue Streckenführungen. Insofern war die Konzentration auf die Wiederherstellung der Karniner Brücke und damit der Bahnverbindung Berlin – Ducherow – Swinemünde – Heringsdorf ein zu erwartendes Ergebnis. Mit 33 von 36 in diesem Feld vergebenen Punkten wird dieses im Bundesverkehrswegeplan als nicht vordringlich eingestufte Projekt von den Bürgergutachterinnen und Bürgergutachtern nachdrücklich unterstützt. Weitere Vorschläge zu Streckenführungen betreffen Fährverbindungen. Die Strecke Freest – Peenemünde erhält immerhin 3 Punkte, die vorgeschlagene Autofähre Ueckermünde - Usedom - Lassan kann dagegen im Plenum keine Anhänger gewinnen. Ebenso wenig Unterstützung erhält der Vorschlag, den Autoverkehr auch über Stettin und Swinemünde zu führen.

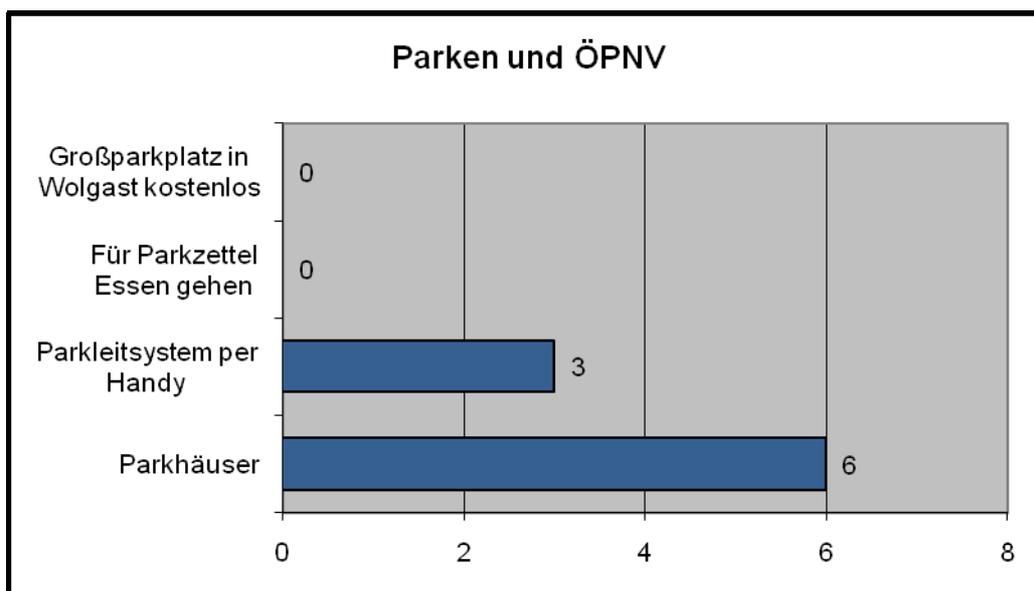


Auf die Vorstellung, dass Tagestouristen zu einem Umsteigen auf den ÖPNV gewonnen werden könnten, reagierten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zunächst skeptisch, da ihrer Erfahrung nach – und diese Erfahrung wird von der Verkehrsstatistik bestätigt – Touristen nun mal mit dem Auto anreisen wollten. Als Strategien für ein verändertes Verhalten wurden aus den Kleingruppen zwei Ansätze ins abschließende Plenum getragen: Preisgestaltung und Bequemlichkeit. Die Preisgestaltungsvorschläge konzentrierten sich darauf, das Autofahren durch eine Abgabe teurer zu machen, wobei die Abgabe dem ÖPNV zugute kommen sollte, und gleichzeitig den öffentlichen Verkehr durch ein preiswerteres Angebot attraktiver zu machen. Die Vorschläge im Einzelnen lauteten „kostenloser ÖPNV“ bzw. „Bus und Bahn auf Kurkarte“. Die ausgesprochene Kundenorientierung der Urlaubsinsel kommt in der hohen Bepunktung des Vorschlags „Vignette freie Fahrt bis Quartier“ zum Ausdruck. Dieser Vorschlag diente zur Abfederung der als möglicherweise Touristen abschreckenden Strategie des Preisaufschlags für Autotouristen.

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“



Hauptthema bei den Vorschlägen, die den öffentlichen Verkehr gerade für Tagestouristen attraktiver machen könnten, war die Verbindung von Parken und ÖPNV. Vorgeschlagen wurde ein „kostenloser Großparkplatz in Wolgast“ oder „Parkhäuser“ auf der Insel, wobei in beiden Fällen der Umstieg auf die Bahn folgen sollte. Eine Alternative wäre ein Parkleitsystem per Handy, das bei Parkplatzmangel in den Seebädern schon vorher das Umsteigen auf die Bahn empfiehlt. Die Idee, dass der Parkzettel die Funktion eines Gutscheins, z.B. für ein Essen bekommt, soll das Stehenlassen des Autos und Weiterfahrt mit der UBB belohnen.



Aber auch die Nutzerfreundlichkeit des öffentlichen Verkehrs könnte noch verbessert werden. Hierauf zielten die Vorschläge: Gute Busverbindungen zwischen den außerhalb gelegenen Bahnhöfen und den Orten selber zu schaffen (4 Punkte) und ein verbesserter Gepäckservice.

#### **4.2.1 Empfehlungen der Arbeitseinheit 3:**

- Die Wiederherstellung der Karniner Brücke wird von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nachdrücklich gefordert.
- Die Anreise per Auto muss für Übernachtungsgäste auch bei grundsätzlichen Preisnachteilen für Autonutzer, z.B. durch eine Vignettenlösung, frei und kostenlos bleiben.
- Das wichtigste Mittel für eine Verhaltensänderung sind niedrige Preise im ÖPNV.

### **4.3 Arbeitseinheit 4 – Die Verkehrsbelastung in den Kaiserbädern**

In der vierten Arbeitseinheit setzten sich die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit dem Ansatz der Verkehrsvermeidung und speziell der Verkehrsvermeidung bei der einheimischen Bevölkerung auseinander. Der Arbeitsauftrag für die Kleingruppen lautete:

*Machen Sie Vorschläge, wie der öffentliche Nahverkehr für die Einwohner attraktiver gestaltet werden kann!*

*Notieren sie bitte Vor- und Nachteile von Fahrteinschränkungen!*

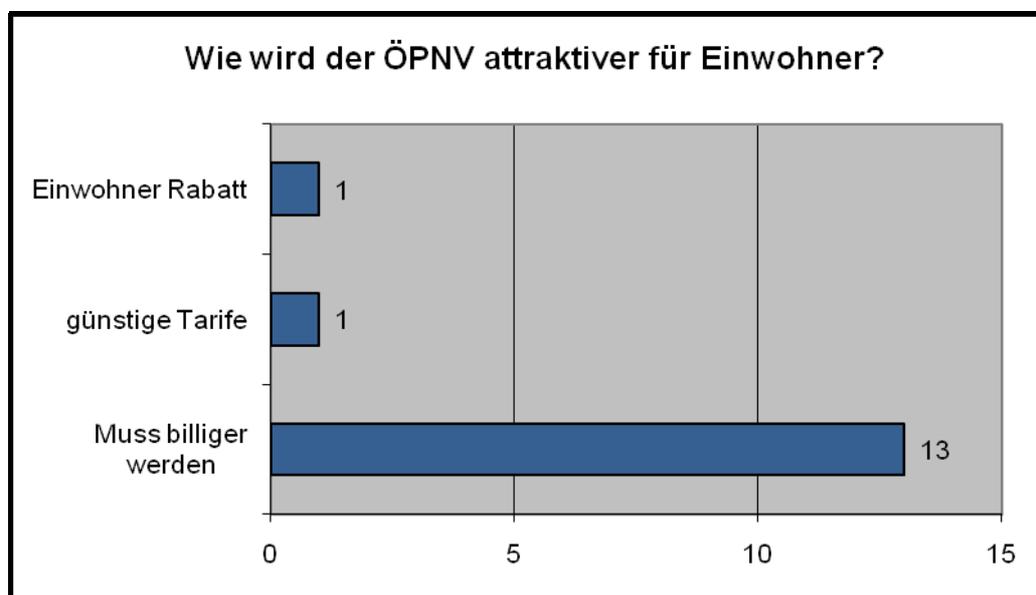
*Wenn Sie ergänzende Vorschläge zur Verkehrsvermeidung haben, notieren Sie diese bitte ebenfalls!*

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kurzplanungszelle brachten durch die Vorschläge zum ÖPNV zum Ausdruck, dass der öffentliche Verkehr die Einwohner der Kaiserbäder preislich benachteiligt und zu wenig auf ihre Mobilitätsbedürfnisse abgestimmt ist. Aus diesem Grunde gilt auch das Rad als das attraktivere Verkehrsmittel,

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

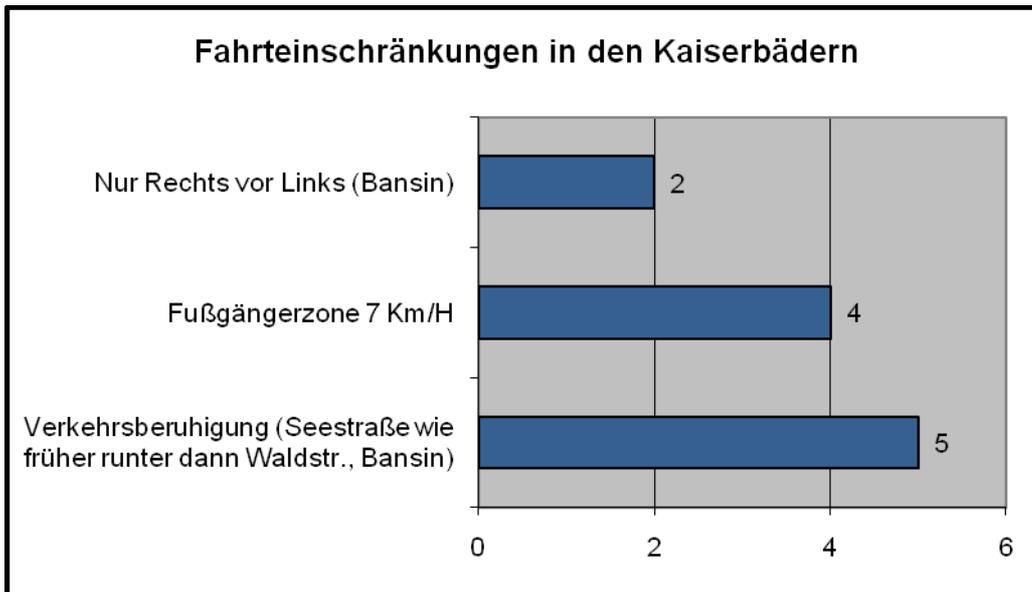
wenn kein Auto benutzt wird. Große Zustimmung erfuhr die Forderung nach billigeren Tarifen. Ein Wohnerrabatt wurde vorgeschlagen, während jetzt die Abschnittseinteilung für die Einwohner besonders ungünstig ist. Attraktiver wäre der Busverkehr, wenn modernere Modelle mit weniger Abgasen genutzt würden und der Takt, z.B. in Bansin, auf 10 Minuten verkürzt würde auf der Strecke „Lidl, Sky, Waldstraße, Rathaus, Bergstr, Fischerweg“ und durch die Fußgängerzone. Die fehlende ÖPNV-Anbindung von Gothen konnte im Plenum keine weiteren Punkte sammeln.

Ein Schwerpunkt bei den Vorschlägen zu Fahrteinschränkungen bildete in der Heringsdorfer Kleingruppe die Vermeidung des Parksuchverkehrs. Die Lösung sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter vor allem in einer besseren Beschilderung, die auf die weniger frequentierten Parkplätze aufmerksam macht. Vor allem die Bansiner Kleingruppe konzentrierte sich auf Vorschläge zum Thema Verkehrsberuhigung. Dies betrifft vor allem die Seestraße und die Waldstraße.



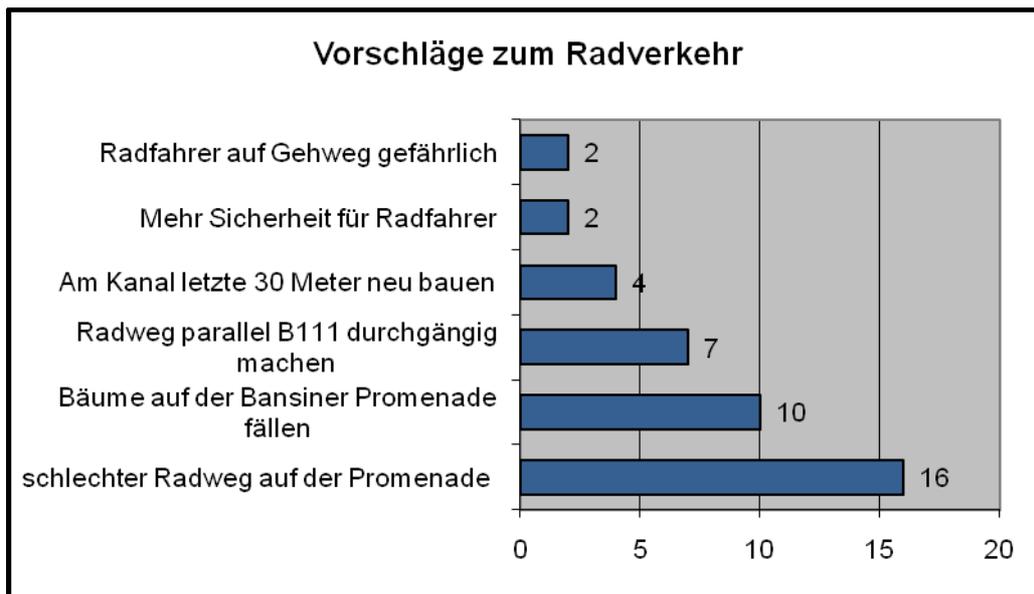
Eine konsequente Anwendung der Regelung „rechts vor links“ würde zur Verkehrsberuhigung beitragen. Bei dem Verkehr, der in Fußgängerzonen überhaupt zugelassen ist, sollte auf die Einhaltung von maximal Schrittgeschwindigkeit (7 km/h) geachtet werden, ebenso

sollte das nächtliche Lieferverbot zwischen 22 und 6 Uhr stärker kontrolliert werden.



Usedom ist eine Fahrradinsel. Die Vorliebe für den Drahtesel teilen die Einheimischen mit den Touristen. Das wurde im Plenum nicht nur an der Karte „Rad ist attraktiver als ÖPNV“ deutlich, sondern auch an der Vielzahl der Vorschläge, die den Radverkehr betreffen und daran, dass bei den Vorschlägen zum Radverkehr 2/3 der verfügbaren Punkte vergeben wurden. Besonderen Handlungsbedarf sehen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in Bansin, wo der Radweg für eine Strecke auf der Promenade geführt wird. Das Wurzelwerk der Bäume, die die Promenade säumen, beeinträchtigt die Qualität des Radweges so stark, dass die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter empfehlen, die Bäume an dieser Stelle zu fällen. In Ahlbeck wird die Führung des Radweges statt auf der Promenade parallel dazu auf der Heimstraße empfohlen. Weitere Vorschläge betreffen den Lückenschluss des Radweges parallel zur B 111 bei Neuhof sowie 30 m Neubau am Kanal. Die Sicherheit der Radfahrer ist den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ein Anliegen, wobei die Gefährdung durch Radfahrer, die auf dem Gehweg fahren auch thematisiert wurde.

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“



### 4.3.1 Kurze Darstellung der Empfehlungen der Arbeitseinheit 4:

- Der Radweg auf der Promenade sollte teilweise saniert werden.
- Die Bäume auf der Bansiner Promenade müssen weichen, damit der Radweg besser wird.
- Die ÖPNV Tarife für Einwohner sollen gesenkt werden.
- Der Radweg parallel zur 111 muss lückenlos sein.
- Verkehrsberuhigung in Bansin.

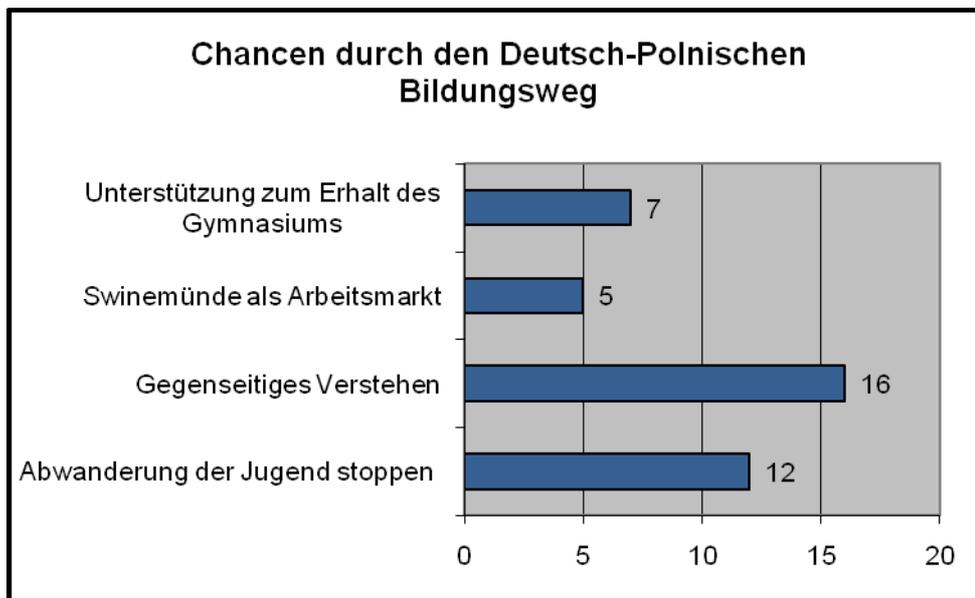
#### 4.4 Arbeitseinheit 5 – Deutsch-Polnischer Bildungsweg

Der Ausbau des „Deutsch-Polnischen Bildungsweges“ ist ein wichtiges Element der Entwicklung der Euroregion Pomerania. In dieser Arbeitseinheit wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt:

*Welche Chancen eröffnen sich durch den deutsch-polnischen Bildungsweg?*

*Nennen Sie bitte Vor- und Nachteile des deutsch-polnischen Bildungsweges!*

*Bitte überlegen Sie sich, ob Sie für oder gegen das Vorhaben sind, die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen im Rahmen des deutsch-polnischen Bildungsweges noch enger zu gestalten als bisher!*

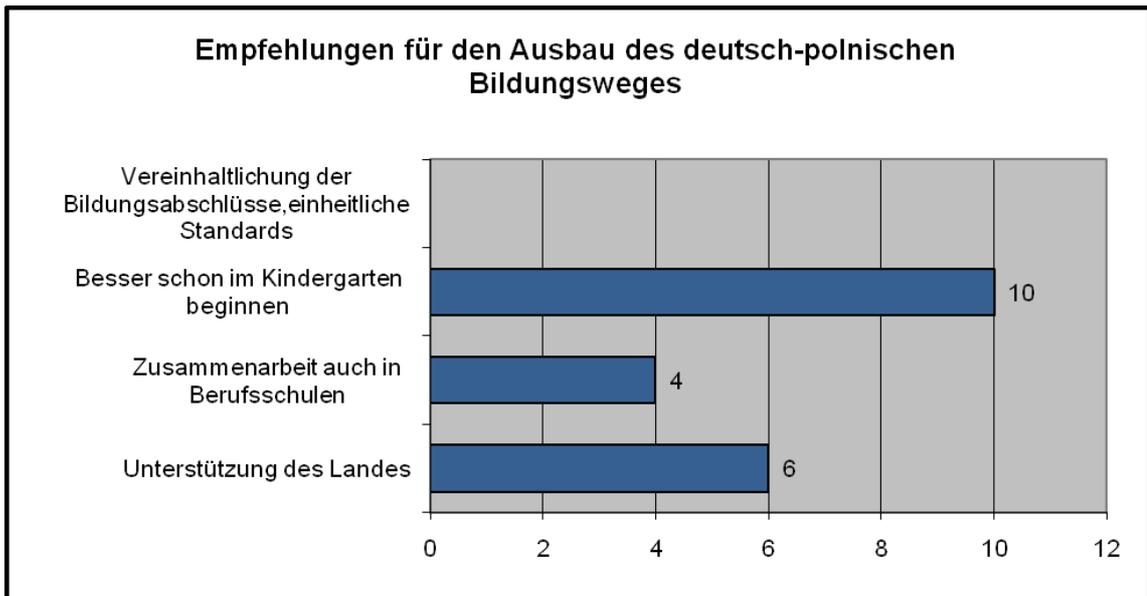


Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sahen im Deutsch-Polnischen Bildungsweg große Chancen. An allererster Stelle steht die Förderung des gegenseitigen Verständnisses. Das ist die Basis für ein Zusammenwachsen der Region, das bis 2050 erwartet wird (4 Punkte). Als aktuelle Chance für Heringsdorf benannten die Bürgergutachter und Bürgergutachterinnen vor allem, dass durch das beispielhafte Schulprojekt und die Anerkennung des Maxim-Gorki-Gymnasiums als Europaschule das Bemühen um den Erhalt des Heringsdorfer Gymnasiums Unterstützung erhält. Mittelfristig rechnen die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter mit einem wirtschaftlichen Auf-

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

schwung der Stadt Swinemünde im Allgemeinen und dem Hafen im Besonderen. Sie erwarten, dass die dadurch neu entstehenden Arbeitsplätze in der Euroregion Pomerania dazu beitragen werden, die Abwanderung der Jugend zu stoppen. Das natürlich umso leichter, je besser Verstanden und Verständigung vorangekommen sind. Aus diesem Grunde votierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch für die Einbeziehung von Berufsschulen in den Deutsch-Polnischen Bildungsweg.

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter nahmen den Bericht über den deutsch-polnischen Bildungsweg, über den viele vorher kaum informiert waren, weitgehend positiv auf. Trotz der Aufforderung in der Aufgabenstellung, auch Bedenken zu formulieren, wurden kaum Einwände erhoben. Der wichtigste ist, das Englisch wichtiger ist als Polnisch (1 Punkt). Englisch ist aber ohnehin die verpflichtende erste Fremdsprache. Polnisch steht als zweite Fremdsprache in Konkurrenz zum Französischen, dessen Erlernung als „Weltsprache“ einem Teilnehmer grundsätzlich wichtiger schien als die Sprache des 38 Millionen Volkes jenseits der Grenze. Hindernisse beim befürworteten Ausbau des deutsch-polnischen Bildungsweges befürchteten die Bürgergutachter und Gutachterinnen eher auf der polnischen Seite. Sie vermuten, dass es dort noch zu wenig Interesse an solch einem gemeinsamen über die Grenze reichenden Projekt gibt. Als hinderlich für die kommunale Zusammenarbeit sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die schwierigen, zentralistischen Verwaltungsstrukturen an. Vor allem auch deswegen, weil in Polen nach Meinung der Teilnehmer der Stolz auf die Nation eine große Rolle spielt und die katholische Kirche erheblichen Einfluss hat (2 Punkte). Eine Verknüpfung mit einer deutschen Region die historisch protestantisch und real weitgehend entkirchlicht ist, wird auf viel Widerstand stoßen.



Nach der Analyse der Chancen und Bedenken waren alle Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter einhellig der Meinung, dass der deutsch-polnische Bildungsweg weiter ausgebaut werden sollte, weil er ein großes Zukunftspotenzial hat.



Daran schloss sich die Empfehlung an, mit dem Spracherwerb schon viel früher, nämlich im Kindergarten zu beginnen, die Berufsschulen mit einzubeziehen, und auf eine Vereinheitlichung der Bildungsabschlüsse hinzuwirken. Gerade, weil Schwierigkeiten durch die polnische Zentralverwaltung und eine widerstrebende Haltung erwartet werden, fordern die Bürgergutachter die Unterstützung des Landes

## **Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“**

Mecklenburg-Vorpommern beim Ausbau des deutsch-polnischen Bildungsweges auf Usedom.

### **4.4.1 Kurze Darstellung der Empfehlungen der Arbeitseinheit 5:**

- Ausbau des deutsch-polnischen Bildungsweges
- Beginn im Kindergarten.
- Unterstützung durch das Land

### **4.5 Arbeitseinheit 6 – Deutsch-polnische Begegnung von Senioren**

In dieser Arbeitseinheit waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgefordert, Vorschläge für die Ausgestaltung der deutsch polnischen Begegnung von älteren Menschen zu machen. Die Kleingruppen bearbeiteten folgende Fragen:

*Welche Inhalte könnten Sie motivieren, an Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Senioren teilzunehmen?*

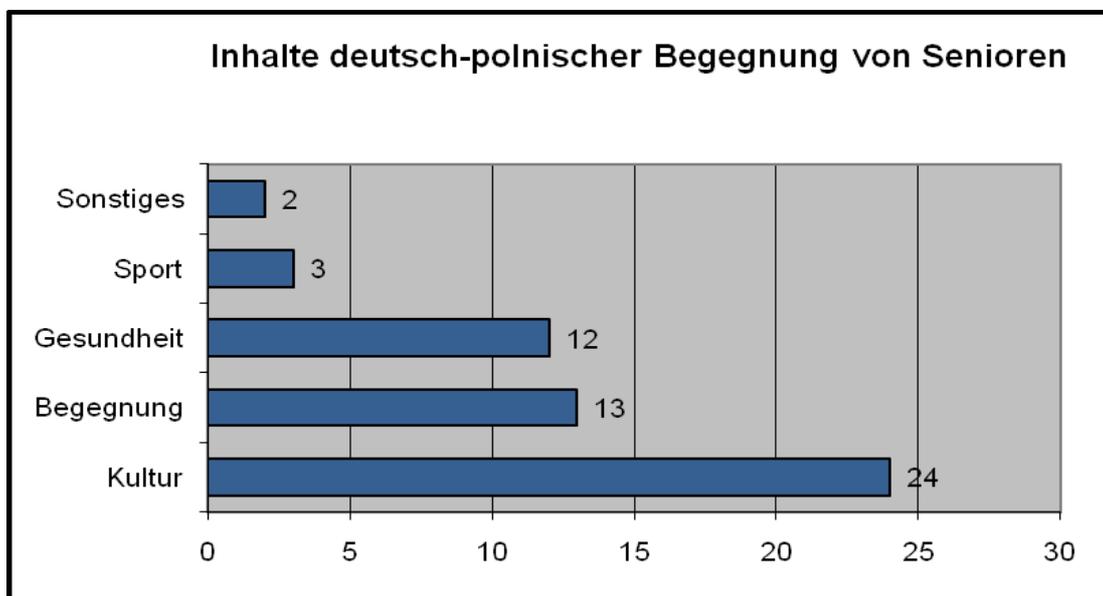
*Welche Institutionen sollten Ihrer Ansicht nach mehr Initiative zeigen für die Begegnung von älteren Menschen aus beiden Teilen der Insel?*

Die Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter machten eine Fülle von Vorschlägen zu inhaltlichen Bereichen der Begegnung. In der Plenumsrunde wurde aus den Kleingruppen berichtet, dass der Vortrag von Irmgard Weigel über die deutsch-polnische Begegnung der SoVD Ortsgruppe großes Interesse gefunden hatte, dass aber die gesellige Form der Begegnung – Adventsfeiern etc. – den eher jüngeren Senioren, die das Gros der Teilnehmer stellten, nicht passend für ihre Altersgruppe vorkam. Das spiegelt sich auch in den Vorschlägen. Kultur als Begegnungsrahmen erschien den meisten als attraktiver Anlass der Begegnung, wie z.B. das Usedom Musikfestival. Unter dem Sammelbegriff Kultur sind dabei die Vorschläge Kultur, Kunst, Musik, Literatur und Museum gefasst.

An kulturellen Veranstaltungen haben die Teilnehmer und Teilnehmerinnen großes Interesse. Sehr stark war aber auch der Wunsch hervorzuheben, dass die friedliche Begegnung zwischen den Nachbarn, der schon in der ersten Arbeitseinheit betont worden war, ein

Selbstzweck ist. Obwohl an sich nicht gefragt, war dieses Statement doch vielen Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter wichtig. Fast ebenso viele Punkte konnte das Thema Gesundheit, insbesondere die Notfallversorgung, auf sich vereinen. Hierbei ging es weniger um Begegnung als um deutsch-polnische Zusammenarbeit, die in besonderem Senioreninteresse ist. In Selbsthilfegruppen – eine deutsch-polnische Herzsportgruppe wurde vorgeschlagen – ist dagegen tatsächlich Begegnung zwischen Menschen mit ähnlichen Problemen möglich.

Alle anderen Vorschläge wie Sprachbegegnung, Sport, Kleingärtner, Religion und Kirche fielen bei der Bepunktung im Vergleich zu den Großgruppen Kultur, Begegnung und Gesundheit stark ab.

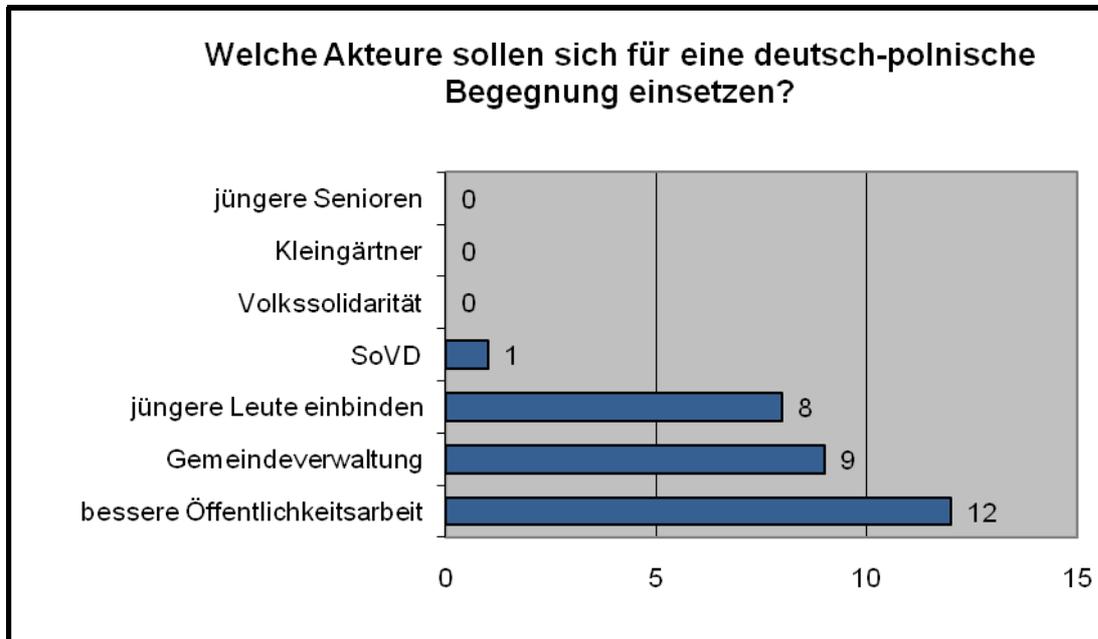


Bei der Frage nach den Akteuren, die sich stärker für eine deutsch-polnische Begegnung einsetzen sollten, wurde von den Kleingruppen zunächst artikuliert, dass sie eine Trennung nach Altersgruppen für wenig attraktiv halten. Das drückte sich in den Karten „auch jüngere Senioren“ auch junge Menschen einbinden“ aus, wovon die letztere bei der abschließenden Bewertung viele Punkte auf sich versammeln konnte.

Als interessante Vereine bzw. Verbände wurden noch die Volkssolidarität und Kleingärtner genannt, sowie das deutsch-polnische Frauenforum als existierender grenzüberschreitender Verein. Das wichtigste Anliegen der Bürgergutachterinnen und Bürgergutachter in

## Bürgergutachten „Usedom als deutsch-polnische Insel“

dieser Frage betrifft das öffentliche Engagement für die gutnachbarlichen Beziehungen. Die Gemeindeverwaltung ist nach Ansicht der Gutachter für eine bessere Öffentlichkeitsarbeit in Sachen deutsch-polnischer Begegnung zuständig, z.B. über den Veranstaltungskalender.



#### 4.5.1 Kurze Darstellung der Ergebnisse der Arbeitseinheit 6:

- Die persönliche Begegnung zwischen Deutschen und Polen und das gegenseitige Kennenlernen sind wichtig.
- Kultur ist das wichtigste Feld, wenn es um institutionalisierte Begegnungsmöglichkeiten geht.
- Die Gemeindeverwaltung soll den Prozess aktiver begleiten
- Möglichkeiten zur deutsch-polnischen Begegnung in Vereinen und Veranstaltungen im Veranstaltungskalender besser bewerben.



## **5 Impressum**

**Auftraggeber:**

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

**Unabhängiger Durchführungsträger und Herausgeber:**

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre  
Forschung GmbH

Geschäftsführer: Dr. Hans-Liudger Dienel

Otto-Suhr-Allee 59

10585 Berlin

Telefon: +49 (0)30 318 054 63

Telefax: +49 (0)30 318 054 60

E-Mail: [mail@nexusinstitut.de](mailto:mail@nexusinstitut.de)

Internet: [www.nexusinstitut.de](http://www.nexusinstitut.de)

**Projektleitung:**

Dr. Hans-Liudger Dienel

**Verfasserin:**

Dr. Christine von Blanckenburg

**Fotos:**

Sofern nicht anders vermerkt: Sören Marotz, nexus Institut